

Bezugspreis:
Stückpreis 5,40 RM, monatlich 1,60 RM.
frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
Monatlich, vom Posthalter abzuholen
1,80 RM, vom Briefträger ins Haus ge-
bracht 1,94 RM. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
4.— RM, für das übrige Ausland
5,50 RM, monatlich. Versand ins Reich
bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM.
Postbestellungen nehmen an Däne-
mark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz. Eintragungen in die
Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Erfolgt täglich.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Ber. in.“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 14. September 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Räumung von St. Mihiel.

Sturm im Herrenhaus gegen Payer.

Amthliche Darstellung der gestrigen Ausschusssitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung legte der Vorsitzende
in der Voraussetzung, daß die Zeitungsberichte über die Rede
des Stellvertreters des Reichskanzlers in
Stuttgart zutreffend seien, nachdrücklich Verwah-
rung dagegen ein, daß auf die Entschliessungen der Kommission
unzulässiger- und unberichtigterweise ein Druck ausgeübt werde;
er frage, ob die vom Herrn v. Payer gemachten Angaben hin-
sichtlich des von dem königlich preussischen Staatsministerium
Sr. Majestät dem König gegebenen Rates, das Abgeord-
netenhaus aufzulösen, wenn die Kommissionsberatungen
im Herrenhause die königliche Staatsregierung nicht be-
friedigten, zuträfen. Eine Einmischung des Reiches oder anderer
Bundesstaaten in innerpreussische Angelegenheiten sei un-
zulässig.

Rechnliche Ausführungen wurden aus der Kommission von
verschiedenen Seiten gemacht.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums
erklärte, daß es der Staatsregierung, wie wiederholt betont wor-
den sei, fern läge, einen Druck auf die Beratungen der Kom-
mission auszuüben. Was die Frage der

Auflösung des Abgeordnetenhauses

anlange, so sei auch heute noch die Erklärung maßgebend, die
er seinerzeit im Namen der königlichen Staatsregierung im Ab-
geordnetenhause abgegeben habe. Neue von jener Erklärung ab-
weichende Beschlüsse des Staatsministeriums hinsichtlich der
etwaigen Auflösung des Abgeordnetenhauses lägen nicht vor. Die
Staatsregierung erkenne an, daß es sich bei den Verfassungs-
vorlagen um eine preussische Angelegenheit handle, mit der Ein-
schränkung, daß diese Fragen auch für Deutschland von
großem politischen Interesse seien. Die Kommission werde der
Staatsregierung zugehen müssen, daß der Geist der Ver-
ständigung, der die Kommission beherrsche, sei-
tens der Staatsregierung anerkannt und erwidert
werde. Der Vizepräsident bat die Kommission, sich auch bei den
weiteren Beratungen vom Geiste der Verständigung leiten zu
lassen.

Sodann wurde in die Einzelberatung des Wahl-
gesetzentwurfes eingetreten, nachdem beschlossen war, vor-
läufig keine Abstimmungen vorzunehmen, da solche
vor der grundsätzlichen Entscheidung über die Form des Wahl-
rechts nicht angängig sind. Eine längere Erörterung knüpfte
sich an den § 1, zu welchem Anträge auf Abkürzung der für
die Wahlberechtigung erforderlichen zweijährigen Karenzzeit auf
ein halbes Jahr bzw. ein Jahr vorlagen, sowie auf Aufstellung
ständiger Wählerlisten. Bei § 2 wurde an der Hand eines ge-
stellten Antrags die Frage besprochen, ob nicht die Verziehung in
die zweite Klasse des Soldatenstandes bzw. die Ausschließung
aus dem Heere den Verlust des Wahlrechts zur Folge haben
müsse. Die Regierung stellte eine Aeußerung des Herrn Kriegs-
ministers über diesen Punkt in Aussicht. Die vom Abgeord-
netenhaus in die Regierungsvorlage hineingebrachte Wahlpflicht
und die für Nichterfüllung der Wahlpflicht festgesetzte Strafe
(§ 3a) fanden neben Befürwortern auch erhebliche Bedenken
in der Kommission; als Beschwerde-Instanz wurde der Bezirks-
ausschuß in Vorschlag gebracht. Aus der weiteren Verhand-
lung, die bis zum § 22 führte, ist besonders hervorzuheben ein
Vorschlag, an Stelle der Stichwahl eine zweite Wahl nach rela-
tiver Mehrheit entscheiden zu lassen, der jedoch erheblichen Be-
denken begegnete.

Neben ohne Beschlüsse, Proteste gegen den Vizekanzler und
Erklärungen darüber, aber „Verschleppung“ ist das nicht. Ueber
die Rede Friedbergs läßt sich ohne Kenntnis des genauen
Textes schwer urteilen; nach dem amtlichen Bericht scheint sie
wieder ein rechter Gieranz gewesen zu sein. Und doch ist klar
wie der letzte Tag, daß mit dieser Gesellschaft ohne festeste
Entschiedenheit nicht fertig zu werden ist.

Für sofortige Einberufung des Reichstags.

Hauptausschuß Anfang Oktober.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben in allen Zu-
sammenkünften mit dem Reichskanzler und den Parteiführern
die sofortige Einberufung des Reichstags gefordert. In der-
selben Richtung beweagt sich ein von der Fraktion der Un-
abhängigen gefaßter Beschluß, durch ihren Vorstand die so-
fortige Einberufung zu beantragen. Einstweilen steht aber
nur fest, daß der Hauptausschuß im ersten Drittel des
Oktober zusammentreten soll. Wir vermuten, daß es dabei
nicht bleiben wird, und daß der Reichstag und sein Haupt-
ausschuß, dem Fortgang der Dinge folgend, schon früher zu-
sammentreten werden.

Räumung des Bogens von St. Mihiel —
Die Combres-Höhe zurückgewonnen —
Feindliches Vordringen in Richtung
Thiancourt — In Richtung Cambrai
Habraincourt verloren.

Berlin, 13. September 1918, abends. Amtlich.
An den Kampfzonen ruhiger Tag. Auch
zwischen Maas und Mosel hat der Feind seine
Angriffe bisher nicht erneuert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 13. Sep-
tember 1918. (WZ)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppen Kronprinz Rupprecht
und Soehn.

Nähe an der Küste und nördlich von Dillshoote führten
wir kleinere Unternehmungen mit Erfolg durch. Zwischen
Hyeru und Armentieres scheiterten Erkundungsvorstöße
des Feindes. Südwestlich von Fleurbaiz schlugen wir einen
Teilangriff, nordwestlich von Dulluch einen härteren Vorstoß
der Engländer zurück.

Zwischen den von Arras und Peronne auf Cambrai
führenden Straßen setzte der Feind gestern früh unter stärkstem
Feuerschutz seine Angriffe fort. Sie sind unter schweren Ver-
lusten für den Feind gescheitert. Gut geleitetes Artilleriefeuer
hatte an der erfolgreichen Abwehr besonderen Anteil. Unsere
Infanterie warf den Engländer, wo er in unsere Linien ein-
drang, im Gegenstoß wieder zurück. Habraincourt blieb in
Feindeshand. Am Abend zwischen Noeuvres und Gon-
geaumont erneut verdrängende Angriffe des Gegners wurden
abgewiesen.

Secresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Ailette und Aisne war der Artillerielampf
zur zeitweilig gehindert; kleinere Infanteriegefechte. In der
Champagne brachten Strohtruppen aus feindlichen Linien bei Le
Mesnil Gefangene zurück.

Secresgruppe Gallwitz.

Franzosen und Amerikaner griffen gestern den Bogen von
St. Mihiel bei der Combres-Höhe und südlich sowie zwischen
der Cotes Lorraine und der Mosel an. In Erwartung dieses
Angriffs war die Räumung des der beiderseitigen Umfassung
ausgereichten Bogens seit Jahren ins Auge gefaßt und seit Tagen
eingeleitet worden. Wir kämpften den Kampf daher nicht bis
zur Entscheidung durch und führten die beabsichtigten Bewegungen
aus. Der Feind konnte sie nicht hindern. Franzosen, die auf
den Höhen östlich der Maas vorrückten, wurden abgewiesen. Die
Combres-Höhe, die verübergelend verloren ging, wurde
von Landwehrtruppen wieder genommen. Südlich davon sicherten
österreichisch-ungarische Regimenter in kräftiger Gegenwehr im
Bereich mit den zwischen Maas und Mosel kämpfenden Truppen
den Abzug der bei St. Mihiel stehenden Divisionen. Zwischen
der Cotes Lorraine und der Mosel gewann der
feindliche Angriff auf Thiancourt Boden. Reserven fügten
den Stoß des Feindes auf. Südwestlich von Thiancourt und
westlich der Mosel schlugen wir den Feind ab.

Während der Nacht wurde die Räumung des Bogens vom
Feinde ungeführt beendet. Wir stehen in neuen vorbereiteten
Linien.

Der Erste Generalquartiermeister,
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. September. Amtlich wird verlautbart:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südlich von Poyenta verlusteten italienische Erkundungs-
truppen das Ostufer der Piave zu gewinnen; sie wurden
zurückgetrieben. Sonst vielfach Artillerielampf.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Abschnitt vor St. Mihiel sicherten südlich der Com-
bres-Höhe österreichisch-ungarische Regimenter in kräftiger
Gegenwehr den planmäßigen Abzug deutscher Truppen.

Albanien.

Tag unverändert. Der Zugführer Grossovic hat gestern
über Durazzo drei feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Der Chef des Generalstabes.

Die Durchführung des Ostfriedens-
vertrags.

Russische Bemühungen.

Moskau, 12. September. (WZ) Der oberste Rat für
Volkswirtschaft beschloß die Bildung einer Kommission aus
drei Mitgliedern zur Ausarbeitung von Instruktionen
an die örtlichen Sowjetorganisationen, die
die praktische Durchführung des Friedensvertrages mit
Deutschland beschleunigen sollen.

Die Gefahren des neuen
Programms.

Von der Rede Payers, die wirklich manches Gute
enthält, sagt ein alldeutsches Blatt, Scheidemann hätte
auch nicht anders reden können. Das ist sicherlich nicht richtig.
Scheidemann würde nicht von der Schuld Belgiens gesprochen
haben, er würde auch nicht gesagt haben, daß wir die An-
gegriffenen sind. Ganz bestimmt würde er sich auch nicht das
Programm der auswärtigen Politik angeeignet haben, das
der Vizekanzler ausgeführt hat.

Dieses Programm, von dem mit Recht gesagt werden
konnte, daß es auch das Programm der Heeresleitung sei,
läßt sich in kurzen Worten dahin zusammenfassen: „Verzicht“-
politik im Westen, Fortsetzung der in West-Litowka einge-
schlagenen Politik im Osten.

Herr v. Payer sagt, im Osten sei Frieden und bleibe
Frieden. Dieser Irrtum ist sofort durch ein Telegramm aus
Helsingfors berichtigt worden, das die Bildung einer
neuen Ostfront in Ostkarlien in Aussicht stellt. Mit
der gegenwärtigen Vertretung des russischen Staates hat
Deutschland allerdings Frieden, doch ist die Erhaltung dieses
Friedens nicht vom Willen Deutschlands allein abhängig.
Solange der Krieg dauert, ist der Sturz der gegenwärtigen
Regierung Rußlands und ihre Ersetzung durch eine andere,
die wieder Krieg erklärt, etwas durchaus nichts Wünschens-
wertes, leider aber auch nichts Unmögliches.

Mit dieser Regierung müßte dann Deutschland entweder
einen neuen Krieg führen, oder, vielleicht am allgemeineren
Verhandlungstisch, einen neuen Frieden schließen.

Eine Zerstückung der Probleme, die der Weltkrieg auf-
geworfen hat, in der Weise, daß im Westen wieder alles wird,
wie es war, im Osten aber alles bleibt, wie es der Krieg ge-
schaffen hat, ist unmöglich. Wenn die Entente sich endlich
einmal dazu bereit finden sollte, auf einen Verständi-
gungsfrieden einzugehen und dabei auch eine Ver-
ständigung über die Ostfragen verlangte, würde
die deutsche Regierung dann diesen Verständigungsfrieden
ablehnen?

Dazu wäre sie aus innern und äußern Gründen kaum
imstande. Wir verlangen es uns für heute, auf die innern
Gründe einzugehen und sprechen nur von den äußern. Ser-
bien ist unzweifelhaft ein Gegenstand der allgemeinen
Friedenskonferenz, man kann aber von Serbien nicht sprechen,
ohne die Gesamtverhältnisse des Balkans zu ordnen, und
damit ist man auch schon beim Dufarester Frieden an-
gelangt. Die Regelungen mit Rumänien spielen aber
wiederum nach Bessarabien, mithin auf russisches Gebiet hin-
über. Genau dieselbe Verkettung aller schwebenden Gebiets-
fragen ergibt sich in Vorderasien. Man wird auf der all-
gemeinen Friedenskonferenz über die künftige Gestalt der asiati-
schen Türkei sprechen müssen, da die Türkei kriegführende
Macht gegen England ist und die Engländer in Mesopotamien
und in Palästina stehen. Selbstverständlich werden bei dieser
Regelung die Kaukasusfragen ihre Rolle spielen, und
damit ist man wieder bei Rußland angelangt.

Abgesehen davon, ist der Weltkrieg nun einmal ein zu-
sammenhängendes Ganzes. Sein Ausgang ist entscheidend
für die Gestaltung der gesamten Weltverhältnisse. Und
daraus geht es nicht an, eine napoleonische Politik
im Osten zu treiben, wenn man nicht den entscheidenden Ge-
samtsieg fest in der Hand hat.

Der Thron von Finnland soll jetzt an einen
nahen Verwandten des deutschen Kaisers vergeben werden.
Das Beispiel, einmal gegeben, wird Nachahmung finden,
und bald werden wir die neuen Dynastien aus mittelwäch-
lichem Stamm in den russischen Randgebieten emporsteigen
sehen. Diese mehr oder weniger selbstständigen Staaten-
gebilde und ihre Regierungen bedürfen zu ihrer fernerer
völkerrechtlichen Existenz der Anerkennung durch sämt-
liche Staaten, nicht nur durch die Mittelmächte allein. Wie
soll ihnen diese Anerkennung erwirkt werden? Das kann
nur geschehen durch den entscheidenden deutschen Gesamtstog
oder auf dem Wege der Verständigung durch Gegen-
leistungen, auf deren Höhe wir dann gespannt wären.

Würde es aber trotz alledem notwendig werden, dem
notwendigen Frieden zuzuliebe, die neugekrönten Herren
Bitter wieder aus ihren jungen Königreichen zurückzuziehen,
so wäre das die offenkundige deutsche Niederlage,
verschuldet durch eine kopflohe deutsche Politik.

Wie man hört, stellt man sich amtlich auf den Stand-
punkt, von einer finnischen Thronbestimmung nichts zu wissen.
Das ist, sagt man, eine rein „finnische Angelegen-
heit“. Dieser Standpunkt ist — man verzeihe den harten
Ausdruck — kindisch. Als die Spanier i. J. 1870 mit
dem Plane umgingen, einen Hohenzollern zu ihrem König
zu machen, vertiel kein Mensch auf die Idee, dies für eine

rein spanische Angelegenheit zu erklären. Ebenso wenig dachte man bei den verschiedenen Thronaffären des Balkans daran zu sagen, diese wären nur innere Angelegenheiten Bulgariens, Serbiens, Griechenlands usw. Man hat vielmehr verständigerweise zugegeben, daß das internationale Angelegenheiten sind und hat international über sie verhandelt.

Freilich, als Oesterreich sein Ultimatum an Serbien schickte, sagte man, das sei eine Angelegenheit, die nur Oesterreich und Serbien angehe und legte Gewicht darauf, den Inhalt des Ultimatum vor seiner Veröffentlichung nicht bekannt zu haben. Aber dieser Fall kann kaum als Vorbildlich gelten, so daß man jetzt wieder einmal den Kopf in den Sand steckte, um später versichern zu können, antlich habe man nichts gewußt.

Das kleine Napoleonspiel von Finnland ist etwas, was Deutschland verdammt viel angeht, und die deutsche Regierung kann sich der Verantwortung dafür und für seine Folgen nicht mit der Ausrede entziehen, sie habe nichts darüber in ihren Akten.

Genau dasselbe gilt von dem sog. Murman-Ultimatum. Dieses ist in erster Linie eine politische Angelegenheit, denn es handelt sich um den möglichen Einmarsch deutscher Truppen auf neutrales Gebiet, der wiederum weitreichende politische Folgen haben kann. Es ist in der Presse schon erwähnt worden, daß eine Gruppe, die wir der Kürze wegen als die Gruppe Selfferich bezeichnen wollen, mit dem phantastischen Plan umgeht, ganz Rußland zu ukrainisieren, den Bolschewik das Schicksal der Kadetregierung zu bereiten und in Petersburg ein neues Parlament aufzurichten. Die verantwortlichen Stellen sind zurzeit Gegner dieser verrückten Idee, man kann aber nach den bisherigen Erfahrungen nie ganz sicher wissen, wie lange diese Gegnerschaft andauert. Den Handelnden ist es immer leicht, vollendete Tatsachen zu schaffen, aus denen sich dann immer neue Tatsachen, und immer weniger erfreuliche, von selbst ergeben. Da also heißt es: Aufgepaßt!

Alles in allem läßt der augenblickliche Stand der Dinge leider nicht die Annahme zu, daß die deutsche Politik auf festen und guten Bahnen läuft. Diese wären erst dann erreicht, wenn die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärte, die gesamten Weltprobleme, die der Krieg aufgeworfen hat, auf einer Weltkonferenz durchzusprechen und Veränderungen des Zustandes vor dem Kriege, wo sie notwendig geworden sind, nur in dem Sinne zu befürworten, daß durch sie ein ehrliches, nach allen Seiten freies Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht würde. Der erste Schritt auf diesem Wege müßte sein, daß die Regierung jeder Thronspielerei und jeder neuen Frontaufrichtung im Osten unbeugsamen Widerstand entgegensetze.

Die Zeitumstände warnen so deutlich vor der Begehung neuer Fehler, daß es kaum notwendig ist, noch deutlicher zu werden. Not, sagt das Sprichwort, lehre beten, Not, sagt es in moderner Abänderung, lehre denken! Denken, vorausdenken, nichts tut den Lenkern des Reiches nötiger als dies!

## Deutschlands Verhältnis zur Türkei.

In dem Verhältnisse Deutschlands zu seinem türkischen Verbündeten hat es in letzter Zeit eine vorübergehende Erlebung gegeben. Wie man erzählt, gehört dieser Zustand der Vergangenheit an. Eine Aussprache mit Talaat Pascha hat die Verhältnisse zur Zufriedenheit der Beteiligten geklärt.

## Russisch-ukrainische Einigung?

Kiew, 10. September. Der Zeitung „Golos Kiewa“ wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß gegenwärtig eine Möglichkeit für eine Einigung zwischen der ukrainischen und russischen Friedensdelegation in allen Streitfragen erreicht sei. Eine beide Teile verbindende Mittellinie sei gefunden. Am selben Tage sollte eine Plenarversammlung stattfinden, in der festgestellt werden sollte, ob alle Schwierigkeiten wirklich beseitigt werden könnten.

## Revolutionsprozess in Helsingfors.

Die Verhandlung gegen die finnischen Landtagssozialisten  
Aus Helsingfors meldet Wolffs Bureau:  
Nachdem die umfassenden Voruntersuchungen über insgesamt 38 verhaftete sozialdemokratische Landtagsabgeordnete abgeschlossen sind, beginnt in den nächsten Tagen die Gerichtsverhandlung, deren Dauer auf mindestens zehn Tage berechnet wird.

Die Richter haben eine schwere Aufgabe. Recht sprechen in politischen Prozessen, die das Ergebnis von Revolutionsstürmen sind, stellt an den Gerechtigkeits Sinn die höchsten moralischen Anforderungen. Die Prozessverhandlung, die jetzt in der finnischen Hauptstadt vor sich geht, betrifft die Trümmer der einst so mächtigen sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Doch man die Angeklagten aus dem Parlament ausschalten konnte, war bekanntlich eine Möglichkeit, die in der Zeit der Kämpfe um die finnische Staatsform den monarchistischen gerichteten Elemente sehr gelegen kam. Wird man in Helsingfors die politische Torheit begehen, dem wilden Haf, der während des Bürgerkrieges umging, jetzt auch noch freien Weg zu geben in den Saal, in dem über Volksvertreter, die den Weg ihrer Ueberzeugung gingen, abgeurteilt werden soll?

Die finnischen Wähler haben von heute haben um der Zukunft ihres Landes willen allen Anlaß, so zu handeln, daß die Klüfte, die das Volk in zwei Lager aneinandergeprengt haben, sich so schnell als möglich wieder schließen.

## Gewaltfrieden - Verständigungsfrieden.

Lloyd George - Henderson.

Manchester hat Lloyd George das Ehrenbürgerrecht verliehen. Bei dieser Feierlichkeit hat der englische Ministerpräsident eine Rede gehalten, in welcher er den Verständigungsfrieden plattbierthe. Wohl predigte er nicht mehr die völlige Niederwerfung Deutschlands, aber er schwört auf den letzten Siegen der Entente die Hoffnung, daß er den Frieden diktieren könne. Wohl keinen Frieden, wie ihn die extremen Nationalisten verlangen, aber doch einen Frieden, der sich auf dem unzweifelhaften militärischen Endsieg der Entente aufbaut.

Die englische Regierung ist durch die letzten Waffenfolge übermütig geworden. Sie vergißt, daß die Deutschen noch immer auf französischem Boden stehen.

Vorkünftig wird eine Kritik seiner jüngsten Redeleistung in Manchester nicht an dem Umstande vorübergehen können, daß er vor Wahlen steht, um eine Mehrheit der Wähler werden und seine Rede auf Wahleffekte abstimmen mußte. Darum ist der Glaube nicht ganz grundlos, daß seine Rede in Manchester nicht das letzte Wort ist, so wenig wie die Ansprache eines Generals oder Kaisers an seine Truppen, die ins Feuer geschickt werden, eine wörtlich zu nehmende Regierungserklärung ist.

Ich bin mit großem Widerstreben in diesen Krieg eingetreten, aber nachdem ich den Charakter der Herausforderung deutlicher erkannt hatte, durfte ich nicht halb gescheit. 1915 war unsere Armee für diesen Krieg sehr schlecht ausgerüstet, aber ich bin glücklich, sagen zu können,

daß das Gleichgewicht wieder hergestellt ist.

Das Schlimme ist vorüber. Unser Sieg war in jeder Beziehung groß; deswegen haben wir uns so gefreut. Der Unterschied zwischen 1914 und 1918 war die Einheit des Oberbefehls und es war ein großes Glück für uns, uns in Feldmarschall Koch einen jener seltenen Männer zu sichern, die über eine seltene Weltmacht verfügen. Nur wenn die Nation den Mut verliert, könnte es kommen, daß wir keinen wirklichen Sieg erreichen, um am Ende des Krieges unseren Feinden einen gerechten und dauerhaften Frieden aufzuzwingen zu können. Die preussische Militärmacht muß nicht nur geschlagen werden, sondern das deutsche Volk selbst muß wissen, daß seine Herrscher die Gesetze der Menschlichkeit verletzen, die preussische Militärmacht ist nicht vor Strafe schüchtern konnte, und daß, wer sein Gesetz bricht, seine Strafe findet. Wenn das nicht erreicht wird, würde der Krieg vergebens geführt worden sein. Die gleichen oder schlimmere Schrecken würden sich wiederholen. Dies muß der letzte Krieg sein. Wenn er das nicht ist, wäre es das Ende der Zivilisation.

Wir wollen uns nicht zu dem Glauben verleiten lassen, daß die

### Errichtung eines Völkerbundes ohne Macht

on sich die Welt gegen diese Katastrophe sichern würde. Der Völkerbund würde, wenn die preussische Militärmacht triumphierte, ein Bund zwischen Fuchs und Gänzen sein, ein Fuchs und viele Gänse. Wenn der Sieg nicht errungen wird, kann man auf die Pläne für eine neue Welt ebenso gut verzichten. Wenn wir den Sieg erringen, würde uns alles andere geschenkt werden. Ich bin für einen Völkerbund, und in der Tat ist der Anfang für einen Völkerbund gemacht. Das britische Reich und die Länder der Alliierten sind jetzt alle in Völkerbund von freien Nationen. Jedes andere Land würde willkommen sein und wenn Deutschland nach dem Kriege die fluchwürdige Treulosigkeit seiner Herrschaft zurückweist, dann würde das Volk der Vorkerrschaft des Militarismus in dem großen Völkerbund willkommen sein.

Aber die einzige sichere Grundlage ist nur ein vollständiger Sieg.

Der Friede muß von solcher Art sein, daß er sich dem gesunden Menschenverstand und dem Gewissen der Nation als ganzem von selbst empfiehlt. Er darf nicht von extremen Leuten irgendwelcher Partei diktiert werden. Wir könnten den Deutschen nicht erlauben, uns einen erniedrigenden Frieden aufzuzwingen, der unsere nationale Ehre schändet. Wir werden weder von selbst einen Brecher Frieden annehmen noch ihn unseren Feinden aufzwingen. Wir müssen aus den Lehren dieses Krieges lernen, daß sich das Reich zu einer tieferen geschlossenen Macht ausbilde, als es jetzt ist in dem Augenblick, wo der Krieg verläßt ist und die Arbeit des Wiederaufbaues beginnt. Es ist viel über die Vorbereitung eines Krieges nach dem Kriege gesprochen worden. Es ist ebenso wichtig, einen Frieden nach dem Kriege vorzubereiten. (Starker anhaltender Beifall begrüßte den Schluß der Rede.)

Beim Frühstück mit dem Lordmarch bemerkte Lloyd George, als er zuletzt in Manchester gewesen sei, hätten einige Menschen von einem Kompromiß gesprochen und gesagt: „Laßt uns doch einen Verhandlungsfrieden schließen!“ Seine Antwort darauf sei gewesen, daß es kein Kompromiß geben könne. Mit erhobener Stimme erklärte Lloyd George unter lautem Beifall: „Wir werden bis zum Ende weiter kämpfen.“

In scharfem Gegensatz zu der Kriegsbrede Lloyd Georges stehen die

### Verhandlungen des britischen Gewerkschaftskongresses.

Eine Boykottresolution des Führers der Seelente und Schiffsheizer Havelock Wilsons gegen Deutschland wurde mit ungeheurer Mehrheit abgelehnt. Der Kongress war einem Gewaltfrieden so sehr abgeneigt, daß sich sogar der Führer der amerikanischen Gewerkschaftler, Compers, dem Geiste nicht entziehen konnte, obwohl er zur Aufspaltung der nationalistischen Instinkte über den Ozean herbeigeführt war. Natürlich verlor dadurch seine Rede viel an Interesse. Der Sonderberichterstatter der „Times“ sagt gerade heraus, daß sie viele Zuhörer, wozu offenbar der Vertreter des Northcliffeblattes sich selbst zählt, stark enttäuscht habe. Man habe den Eindruck gehabt, daß er seine Instinkte unterdrücke aus Furcht, die eine oder andere Gruppe zu verstimmen, und seinen Weg vorsichtig gefühlt habe.

Compers legte Raddruck auf das bestehende volle Einverständnis zwischen der amerikanischen Arbeiterschaft und der Bundesregierung und dem daraus folgenden ungeahnten Umfang der amerikanischen Kriegshilfe. Auf die Episode des Bürgerkrieges anschließend, erwähnte Redner die Vorkerrschaft, der Männer der Nordstaaten an Lincoln, die ihm 600 000 Mann zur Verfügung stellten, und sagte: Amerika spricht zu Großbritannien, Frankreich, Italien und den anderen Verbündeten: Männer der Demokratie, wir kommen, fünf Millionen stark. Und ich darf die Bemerkung des großen Führers der Demokratie der Welt, des Präsidenten Wilson hinzufügen: Warum sollen wir uns auf fünf Millionen beschränken? Nach einem geschickten, beifällig aufgenommenen Seitenhieb gegen die Politik der englischen Regierung in Irland und nach einer anheimelnden auf die Südafrikapolitik gemingelten Bemerkung, daß Albion von ebendem nicht Verkommen von heute sei, sprach Compers eingehend über die amerikanische Arbeiterschaft, über die er unter anderem sagte: In dieser Weltkrisis ist unsere Bewegung ohne Dank für den internationalen Frieden eingetreten. Niemand war in dieser Hinsicht klarer als wir. Aber wie viele von uns können an den internationalen Frieden glauben, wenn

### Der schrankenlose Marsdeur

seine Horden auf friedliebende Völker hebt, auf die Vernichtung von Demokratie und Freiheit abzielt und nach Welt Herrschaft strebt? Ich würde den Krieg nicht eine Minute mehr verlängern, als notwendig ist, die Ziele der Weltdemokratie zu erreichen, aber ich wäre nicht gewillt, ihn um eine Stunde abzukürzen, wenn das bedeutete, daß die militärischen Maschinen wie jetzt fortzuauern und uns innerhalb der nächsten zehn Jahre einen neuen Krieg bringen sollten. (Starker Beifall.)

Die Taktlosigkeit, daß der Arbeiterführer Compers den deutschen Kaiser als Marsdeur beschimpft, mag noch entschuldigbar sein; daß er die deutsche Heere, deren Großteil aus deutschen Arbeitern besteht, als Horden abzustempeln wagt, ist für den Geist, der aus diesem Manne spricht, charakteristisch. Aber vielleicht war es gut, daß er auf das Niveau des Strahlenpolitikers herabsinkt; um so wirksamer heben sich von seiner gewöhnlichen und geistlosen Phrasologie die Ausführungen Hendersons ab:

Henderson.

der als Vertreter der Labour Party sprach, gedachte des enorm gewachsenen politischen Einflusses der britischen Ar-

beiterchaft, die außer den umfassenden Programmen sozialer Neuaufbau auch eine feste internationale Politik bezwecke. Sie sei der alten Diplomatie untreu und versuche die Weltkrisis durch die Arbeiterdiplomatie zu lösen. Dabei sei sie beleidigenden Entstellungen ausgesetzt; während sie vier Jahre entschlossen auf dauernde Beseitigung des Militarismus, nicht nur bei den Zentralmächten, sondern bei der ganzen Welt hinarbeite, werde ihr nachgelagt, sie strebe ein Kompromiß an und kapituliere vor dem deutschen Imperialismus. Das sei eine Beleidigung der britischen Arbeiterschaft. Schon die erste Internationalisierte Arbeiterkonferenz habe erklärt, daß der Sieg des deutschen Imperialismus die Niederlage und Vernichtung der Freiheit und Demokratie Europas bedeuten würde. Wir bekämpfen, rief Henderson aus, den deutschen Imperialismus ebenso wie Freund Compers und seine Föderation. Zwischen ihr und uns ist nur ein Unterschied, nämlich, daß wir noch an den Internationalismus der Völker glauben, während wir den Glauben an den Internationalismus der Könige verloren haben. (Beifall.)

Wir sind nicht im Kriege mit dem deutschen Volk,

aufser insoweit es das imperialistische System der Eroberung und Aggression seiner Regierung unterwirft. Wir wollen dieses System vernichten. Unser Ziel ist, das deutsche Volk in unserem Kampfe gegen alle Formen des Militarismus und Imperialismus zu unserem Verbündeten zu machen. Wir glauben, daß ein Dauerfriede solange unmöglich ist, bis das militaristische, imperialistische System überall vernichtet ist. (Beifall.) Wir wollen aber, daß der kommende Friede auf keiner Seite ein Gefühl der Bitterkeit und Schädigung hinterläßt. Wir geben jeden Gehobenen an wirtschaftlichen Wohlfahrt nach dem Kriege auf. Wir weisen jede Absicht, Deutschland zu isolieren und sein Wirtschaftsleben zu zerschneiden, zurück. Unsere Politik ist mit einem Worte eine Politik der Verständigung.

Wir erklären, daß dieser Krieg mit dem Augenblicke enden sollte, wo alle Kriegführenden einschließlich Deutschland bereit sind, Vernunft an Stelle der Gewalt und internationalen Zusammenarbeiten an Stelle nationaler Angriffspolitik zu setzen. Wir haben die Gelegenheit angegriffen, unsere Politik und unsere Ziele in einer freimütigen Aussprache mit den deutschen Sozialisten zu erklären, aber man traut uns nicht und verweigert uns die Möglichkeit dazu. Nachdem wir in dieser Richtung keinen Erfolg gehabt haben, müssen wir nach anderen suchen, und ich glaube, wir werden eine finden. (Beifall.) Die nächste internationalisierte Konferenz findet auf besonderes Ersuchen von Compers statt, der der unheimlichen Presse zufolge den weiten Weg von Amerika gemacht hat, um sich mit seinem ganzen Gewicht auf den armen Arthur Henderson zu stützen. (Weiterleit.) Wir sind die besten Freunde, verfolgen die gleichen Ziele und haben nur eine Differenz, das ist die momentane Differenz zwischen seiner und unserer Methode. Ich wage zu sagen, daß vor Beendigung der internationalisierten Konferenz die Entfernung zwischen der Stellungnahme der amerikanischen Arbeiterschaft und der unsrigen geringere sein wird. Schließlich kommt ja auf das Endziel, nicht auf die Methode an. (Beifall.)

Nach einem stürmischen Intermezzo, worüber die Bericht-erhatter Einzelheiten nicht angeben, wurde mit 8 885 000 gegen 493 000 Stimmen über die Boykottresolution des Seemannsverbandes zur Tagesordnung übergegangen. Die Ziffern sind, wie „Daily News“ bemerkt, um deswillen von Bedeutung, als sie die Ausschließlichkeit des Wilsonschen Planes, eine neue kriegstreiberische Arbeiterpartei zu begründen, dortun.

Selbstverständlich tobt die englische Tagespresse. Die „Morningpost“ behauptet, daß Havelock Wilson die wahre Meinung des Durchschnittsgewerkschaftlers vertrete, nicht aber Henderson! Auch die „Times“ bemüht sich in gewandener Argumentation um die Rettung ihres durchgefallenen Schutlings Havelock Wilson. Aber diese Phrasen der nationalistischen Presse werden nicht verfangen. In der englischen Arbeiterbewegung herrscht der lebhafteste Unwille, daß nicht nur Hendersons Reise nach der Schweiz unter nichtigen Vorwänden unmöglich gemacht wurde, sondern daß auch Mich Bondfield als Vertreterin der Gewerkschaften nicht einmal einen Paß in die verbündeten Vereinigten Staaten erhalten hat! Diese schmähliche Behandlung veranlaßte den Gewerkschaftskongress, einen Protest seines parlamentarischen Ausschusses zu verwerfen, weil er zu schwach schien, und dafür eine sehr energische Entschließung anzunehmen. Der Manchester Guardian schreibt zu dieser kraftigen Vergewaltigung der Arbeiterschaft:

„Das eine so große Körperschaft wie der Gewerkschaftskongress, der 4 1/2 Millionen Arbeiter vertritt, dessen für die Nation unentbehrliche Dienste so oft gefeiert wurden, das Recht haben sollte, seine eigenen Vertreter in ein verbündetes Land wie die Vereinigten Staaten zu wählen, ist selbstverständlich. Daß so verdienstwürdige Männer wie Henderson noch Belieben eines dollardischen Sozialisten in der Schweiz treffen können, selbst wenn dieser Holländer in der Lage ist, ihnen die Gedanken der deutschen Sozialisten mitzuteilen, scheint nicht von allen zugegeben zu werden, dünkt uns aber kaum weniger selbstverständlich in einem Lande, das sich seiner Freiheit rühmt!“

Wenn Lloyd George nicht hören will, so werden die englischen Arbeiter hören.

## Der Gewerkschaftskongress fordert die deutsche Sozialdemokratie zur Antwort auf.

In Nr. 249 des „Vorwärts“ haben wir die zur Friedensfrage angenommene Resolution des britischen Gewerkschaftskongresses wiedergegeben. Da diese jetzt in einem wichtigen Punkt berichtigt wird, geben wir sie noch einmal wieder unter Hervorhebung der berichtigten Stelle.

Der Kongress befähigt die Entschädigung des Kongresses zu Madpool und ersucht um eine Erklärung der Kriegsziele der Arbeiter und Sozialistenparteien der Zentralmächte als Antwort auf die Kriegsziele der internationalisierten Konferenz in London, welche fordert, daß jede willkürliche Macht autorisiert, die für sich im geheimen und nach freiem Ermessen den Frieden der Welt fördern kann, vernichtet werde oder falls die Vernichtung gegenwärtig unmöglich ist, zum wenigsten zu tatsächlicher Nachlosigkeit gebracht werde. Er fordert weiter, daß, wenn bei den Friedenskonferenzen der Frieden erörtert wird, eine angemessene Vertretung der Arbeiterschaft zugelassen werde. Der Kongress ersucht die Regierung, sofort die Friedensverhandlungen zu eröffnen, sobald der Feind freiwillig oder gezwungen Frankreich und Belgien räumt und bekennt sich erneut zu den Grundsätzen der Internationale als der sichersten Garantie für den Weltfrieden.

## Die Nationalitätenpolitik der Alliierten nur ein Vorwand.

In einem stark genutzten Artikel des „Populaire“ spielt der sozialistische Deputierte Sixte Duenin bei Besprechung der Befreiung der unterdrückten Völkerstaaten auf Indien, Irland und Ägypten an und verurteilt jene auch von gewissen Sozialisten eingeschlagene Nationalitätenpolitik, die nur auf Befreiung bestimmter Völkerstaaten eingestellt sei. Der schlagendste Beweis dafür, daß die Nationalitätenpolitik nur ein Vorwand sei, liege in dem Umstande, daß sich die Entente um die Befreiung gewisser Völker nicht kümmere und einen falschen Kompromiß der internationalen Gerechtigkeit suche.

Gefahren unserer Milch-, Fett- und Fleischversorgung.

Von Hermann Krähig.

Die fleischlosen Wochen, die wir jetzt durchleben, erwecken überall die Frage: Werden sich solche fleischlosen Perioden wiederholen? Wenn man sich in der Landwirtschaft etwas umgesehen und die Landwirte angehört hat, so muß man leider jene Frage mit einem „Ja“ beantworten. Wir werden mehr solche fleischlose Perioden bekommen und solche von längerer Dauer. Die Schuld daran liegt an dem System unserer staatlichen Vieh- und Fleischwirtschaft. Schweinefleisch wird es, so lange diese Wirtschaft besteht, für die fleischlosen Perioden nicht mehr geben; nur die Selbstverfänger werden sich ein Schwein mästen. Warum? Nun weil der Preis für ein 15 Pfund schweres Ferkel in der Regel höher ist wie derjenige für ein Schwein von 100 Pfund Lebendgewicht. Im vergangenen Jahre hat man es zugelassen, daß für ein Ferkel 150 M. und mehr gezahlt wurden. Ist so ein Tier dann bis auf 100 Pfund Lebendgewicht gebracht und es gefällt dem Viehhändlerverband, es zu kaufen, so gibt er den Höchstpreis von 130 M. dafür; also 20 M. weniger, wie das Ferkel kostete. Man müde also dem Landwirt zu, daß er das Risiko übernimmt Schweine zu mästen, an denen er Arbeit, Futtermittel und womöglich noch bares Geld zuzieht, wenn sie ihm für die Fleischversorgung der Bevölkerung abgenommen werden.

Keinem einzigen Landwirt fällt es ein, das zu tun. Er mästet sich ein Schwein und damit ist die Sache abgemacht, oder es bleibt nur noch Viehzucht für den Fleischhandel. Es ist die Frage an die Ernährungsbehörde zu richten: Warum ließ sie die Ferkelpreise so hoch hinaufgehen? Sie wird sagen: Um die Schweinemast zu verringern und die Zahl der zu mästenen Schweine auf geringer Höhe zu halten, damit die Kartoffeln für die menschliche Ernährung gesichert blieben. Das rechtfertigt aber die hohen Ferkelpreise keinesfalls. Die Landwirte sind der Ansicht, daß in mittleren und größeren Wirtschaften die Möglichkeit besteht, mehr wie ein Schwein zu halten, ohne gesunde Kartoffeln zu verfüttern. Es könnte angeordnet werden: Auf je 50 preussische Morgen ein Schwein zu halten, ohne daß, wenn die für den Bedarf der Menschen nötigen Kartoffeln richtig erfaßt und reserviert würden, die Kartoffelversorgung gefährdet werde. Die Fleischversorgung aus den Beständen des Rindviehs heraus würde dann ganz erheblich entlastet werden können. Und das ist dringend nötig, denn wenn diese Wirtschaft so weiter geht, dann versagt unsere ganze Milch-, Fett- und Fleischversorgung. Heute schon gibt es Wirtschaften, die früher 40 Stück Rindvieh hatten, die sind jetzt schon bei 12 Stück und weniger angelangt. Es fehlt eine systematische Viehwirtschaft, die jedem Landwirt auferlegt, was er im kommenden Jahre insgesamt an Vieh abzuliefern hat.

Das aber ist nötig, sonst nimmt man dem Landwirt das Interesse an der Viehzucht. Heute greifen die Viehhändlerverbände willkürlich hinein in die Viehbestände des Einzelnen. Wer sich am verdienstlichsten gemacht hat, um die Aufzucht von Vieh, und wer sein Vieh heranzieht zu Schlachtfleisch, der wird bestraft mit schwerem wirtschaftlichem Nachteil. Er hat so und soviel Stück Vieh im Stalle, so heißt es, also muß er Schlachtvieh abgeben, während der Nachbar, der sein Vieh aufzieht, weit weniger zur Schlachtviehabgabe herangezogen werden kann. Da der Verkauf der Rinder als Rindvieh seiner Preisbeschränkung unterliegt, so verkaufen viele Landwirte ihr Vieh als Schlachtvieh; sie erhalten da oft das Doppelte dessen, was ihnen der Viehhändlerverband zahlt, wenn er als Schlachtvieh lauft. Besonders jetzt, wo recht gute Hauptpreise festgesetzt sind, sagen sich viele Landwirte, wir fahren wirtschaftlich viel besser, wenn wir nicht nur kein Vieh aufziehen, sondern, wenn wir den vorhandenen Bestand, wenn möglich, als Rindvieh verkaufen. Für den Zentner Heu gibt es jetzt 10 M. Hat so ein Landwirt, der andererseits 500 Zentner Heu an sein Rindvieh verfüttern möchte, sein Vieh verkauft, so kann er für die 500 Zentner Heu statt 5000 M. einstreichen. Das kann er auf dem Wege über den Wagen des Viehes nie verdienen. Es besteht daher die große Gefahr, daß, wenn keine systematisch geleitete Viehwirtschaft betrieben wird, viele Wirtschaften, die ihrem Acker- und Wiesenbestande nach reichlich Vieh halten könnten, davon Abstand nehmen, weil sie ohne große Viehhaltung wirtschaftlich besser fahren. Wo kommen wir aber dann in kurzer Zeit mit unserer ganzen Milch- und Fleischversorgung hin, wenn so gehandelt wird? Sagen wir es glatt heraus: Zum Zusammenbruch! Der Rindviehbestand ist nicht so schnell aufgezogen, wie der Schweinebestand. Deshalb muß hier für regelmäßigen Ersatz durch Aufzucht Sorge getragen werden. Man muß also den Landwirt einerseits anhalten zur regelmäßigen Aufzucht von Schlachtvieh und Milchvieh, muß ihm aber andererseits auch seine Rube lassen, indem man ihn vor willkürlichen Eingriffen in seinen Viehbestand schützt. Heute kommt es häufig vor, daß man dem Landwirt hochtragende Kühe oder solche die neu ankommend sind, wegnimmt. Das ruft ungeheure Erbitterung hervor und schädigt schwer die Versorgung des Volkes mit Milch und Fett. Es läßt sich verhindern, aber läßt den Schaden für die Milch- und Fettversorgung auf ein Minimum herabmindern, wenn man vor Beginn des neuen Erntejahres jedem Landwirt sagt, was er im laufenden Jahre, entsprechend der Größe seines Viehbestandes — nicht entsprechend der Größe seines Viehbestandes — an Schlachtvieh aufzubringen hat. Er weiß dann, woran er ist und wird sich ganz von selbst wieder an die Aufzucht von Vieh heranmachen, da er weiß, daß er dieses Risiko nicht mehr zugunsten seines aufzuchtfeindlichen Nachbarn zu übernehmen hat. Es muß jedem Landwirt vorgeschrieben werden, wieviel Rindvieh er zu halten hat. Man rechnet auf dem Lande auf je 10 Morgen, im Gebirge, wo mehr Wiesen sind, auf je 8 Morgen ein Stück Großvieh. Küber unter 8 Monaten sind wohl zu zählen, jellen aber nicht als Stückzahl des Bestandes gerechnet werden. Vom Vieh im Alter bis zu 1 1/2 Jahren sollten nur immer 2 Stück als Einheit in der Stückzahl des Bestandes gerechnet werden.

Nur auf diese Weise kann dem baldigen und vollständigen Ruin unserer Milch-, Fett-, Milch- u. Fleischwirtschaft vorgebeugt werden. Nach mehr denn zwei Jahren Fleischrationierung muß man wissen, wieviel Fleisch wir im Jahre zur Versorgung von Heer und Volk nötig haben, und man muß sofort in der Lage sein, unseren Landwirten am Beginn des Erntejahres aufgeben zu können, wieviel sie im Laufe des Jahres Vieh im Schlachtwiege abzugeben haben, und wie groß ihr Viehbestand an Einheiten sein muß. Um alles Weitere wird sich dann der Landwirt schon kümmern. Diese Organisierung der Viehwirtschaft wird uns mehr vor den fleischlosen Wochen schützen, wie die Jagd auf Geheimtötungen.

Groß-Berlin Die Milch- und Butterpreiserhöhung.

Auf die Entgegnung des Kriegsernährungsamts zu unserem Artikel: Eine neue Preissteigerung für Milch und Butter in der Nr. 144 vom 5. September wird uns von unserem Gewährsmann geschrieben: Die Erklärung des Kriegsernährungsamts richtet sich in der Hauptsache gegen die beiden letzten Sätze des Artikels. Danach scheint also die Preiserhöhung in Berlin bereits vorher vorgenommen worden zu sein und zwar in der Form, daß neben einer mäßigen Erhöhung der Milchpreise die Hauptlast auf die Fett- und Butterpreise geschlagen worden ist. Hervorgehoben ist demnach der Umstand, daß die Reichsstelle Groß-Berlin als erste eine selbständige Erhöhung vorgenommen hat, während die Preiserhöhung im übrigen Reich (und diese betraf mein Artikel) erst folgen soll. Die Erklärung des Kriegsernährungsamts in puncto Preisfrage gilt also nur für Berlin.

Die Erklärung des Kriegsernährungsamts richtet sich ferner gegen die Bemerkung unseres Artikels, daß die Reichsstelle für Speisefette die Preise erhöhen wolle und sagt, daß Preisfestsetzungen Sache der einzelnen Landesstellen sei. Die Erklärung versteht sich also hinter eine Form, läßt aber den wichtigsten Umstand, auf den es ankommt, außer acht, daß nämlich tatsächlich eine Bewegung im Gange ist, in ganz Deutschland entweder die Preise für Milch und Butter gleichmäßig um ein volles Drittel zu erhöhen oder fast dessen unter Verbehalten oder nur einer mäßigen Erhöhung der Milchpreise die doppelte Belastung, also um zwei Drittel, auf die Butter- und Margarinepreise abzuwälzen. Nicht darauf kommt es an, von welcher Stelle aus die Verteuerung erfolgt, sondern daß sie erfolgt. Den einzelnen Landesstellen steht zwar die Preisbestimmung für die in ihren eigenen Bezirken hergestellten Erzeugnisse zu, auf die Preise der ihnen von der Reichsstelle zugewiesenen Erzeugnisse aber haben sie keinerlei Einfluß. In Wirklichkeit sind die einzelnen Bezirke, und ganz besonders die auf die Reichsstelle angewiesenen Bezirkegebiete, durchaus von den Preisen der Reichsstelle abhängig. Unsere Bemerkung ist dabei durchaus richtig, daß die Reichsstelle für Speisefette die Erhöhung will.

Die Sache ist zwar von der Preussischen Landes-Milch- und Fettstelle ausgegangen, aber die Reichsstelle hat sich auf Grund von ausführlichen Berichten der Preussischen Landesstelle, die die Anfechtung und Wünsche preussischer Landwirtschaftlicher Kreise auf Erhöhung um mindestens ein Drittel der bestehenden Sätze widerspiegeln, breitschlagen lassen, die weitere Verfolgung der Angelegenheit in die Hände zu nehmen und die übrigen Bundesstaaten in dieser Frage in Bewegung zu setzen. Hieraus fand Anfang August in Stuttgart eine Konferenz von Vertretern süddeutscher Staaten statt, die mit wenigen Ausnahmen schließlich, wenn auch mit Widerwillen den preussischen Wünschen sich fügten, nachdem sie zu der Erkenntnis gekommen waren, daß für Preußen die Sache bereits so gut wie erledigt war. Das Hauptargument bei diesen Verhandlungen war, daß im kommenden Winter die Versorgung der Städte mit Milch und Butter in Frage gestellt sei, wenn den Landwirten die vorgeschlagene Erhöhung nicht bewilligt werde. Die Erhöhung sollte ursprünglich sogar schon am 1. September in Kraft treten, so eilig hatten es die preussischen Agrarier.

Nachdem die süddeutschen Staaten breitschlagen waren, beschloß Mitte August eine in der Reichsstelle für Speisefette tagende Vertreterversammlung aller Bundesstaaten, die vorgeschlagene Erhöhung baldmöglichst vorzunehmen. Die Form wurde den einzelnen Landesstellen freigelassen. Unter dem Druck des preussischen Willens schlossen sich schließlich auch die widersprechenden Vertreter, u. a. Sachsen und einiger preussischer Provinzen an.

Behördlicher Preiswucher?

Bekanntlich haben die Staatsbehörden die fleischlosen Wochen abgeseht und fleischlose Wochen eingesetzt, da der zur Verfügung stehende Viehbestand nicht ausreichen soll, um das deutsche Volk wie bisher mit Fleisch zu beliefern. Schon bisher war man gewohnt, daß trotz aller Einschränkungen immer noch große Warenmengen aller möglichen Art durch den Fleischhandel, natürlich zu wahrensmöglichen Preisen, vertrieben wurden. Die besten Abnehmer für diese Waren waren die großen Mästungsbetriebe. Als dann die Neuföhrner Denkschrift erschien, die einen tiefen Einblick in dieses Treiben gestattete, sah sich das Kriegsernährungsamt endlich veranlaßt, energische Maßnahmen gegen den Fleischhandel anzukündigen und gleichzeitig dabei die Erklärung abzugeben, daß es in Zukunft selbst die Belieferung der Mästungsbetriebe in die Hand nehmen wolle. Wir wissen nicht, in wie weit diese Absicht bereits durchgeführt ist.

Das untenstehende Warenangebot scheint wegen seines behördlichen Anbietens bereits ein Ergebnis dieser Maßnahmen zu sein.

Einem großen Mästungsbetriebe wird von der Teltower Kriegsernährungsstelle (d. i. die amtliche Wirtschaftsstelle des Kreises Teltow) für die fleischlose Woche folgendes Brieftelegramm übermittelt:

Von der Staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin sind uns angeboten:

Wurst in Wäskchen von 2 Pfund zu etwa 10,75 M. per Dose, Erbsuppe mit Speck, 2 Pfund 9,50 M., 1 Pfund 5,50 M., Erbsuppe ohne Speck 2 Pfund 7,15 M., 1 Pfund 4,15 M.; ferner gesalzenes Rindfleisch ohne Knochen zum Preise von etwa 19,50 bis 20 Mark per Kilogramm.

Da anzunehmen ist, daß dieses Angebot für die jeweilige fleischlose Woche nicht nur dem einen Mästungsbetrieb, sondern einer großen Anzahl solcher Betriebe zugegangen ist, so kann man daraus schließen, daß innerhalb noch große eingeschaltete Mengen zur Verfügung stehen, die nur zu einem höheren Preise losgeschlagen werden sollen. Dabei scheint es sich nicht einmal um die berühmte Auslandsware zu handeln, denn bei der Sorgfalt unserer Behörden ist anzunehmen, daß, wenn solches der Fall, es auch in dem Angebot zum Ausdruck genommen wäre. Aber vielleicht fällt dies den beteiligten Stellen noch nicht ein.

Aber sei dem wie ihm wolle. Die Arbeiterchaft ist jedenfalls empört über diesen neuen Preiswucher und verlangt, daß ihnen Lebensmittel zu erdwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Das kann doch unmöglich die Absicht des Kriegsernährungsamtes sein, daß bei dem bisherigen Fleischhandel sonst alles beim alten bleibt und nur ein anderer Name, d. h. die Behörde an die Stelle des Fleischhändlers tritt. Wenn weiter nichts geändert werden soll, wird das Kriegsernährungsamt mit dem schärfsten Protest der Mästungsarbeiter rechnen müssen.

Einmalige Beihilfen für städtische Beamte und Arbeiter.

Der Magistrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Regelung der einmaligen Feuerungs- beziehungsweise Kriegsbeihilfe befaßt und sind den Stadtverordneten folgende Vorschläge zu machen: Kinderlose verheiratete Beamte und dauernd Angestellte, die die laufende Feuerungszulage beziehen, sollen erhalten, wenn sie in Klasse I für die laufende Kriegsfeuerungszulage stehen: 800 M., in Klasse II: 600 M., Klasse III: 700 M., Klasse IV: 600 M. Für jedes Kind soll eine Zulage von 100 M. gezahlt werden. Ledige erhalten 70 Prozent der vorstehenden Sätze. Ver-

heiratete Kriegsteilnehmer erhalten die Hälfte der Sätze und dazu die Kinderzulage.

Hilfskräfte und Arbeiter sollen, soweit sie am 1. Oktober 1918 ein Jahr im städtischen Dienst stehen, das Neumache der (nach dem Familienstand gestaffelten) monatlichen Kriegsbeihilfe, wie sie bei Einkommen bis zu 3000 M. ausfällt, jedoch nicht über 600 M. erhalten. Verheiratete Kriegsteilnehmer sollen die Hälfte dieser Sätze erhalten. Die Supernumerare werden den Hilfskräften gleichgestellt.

Als einmalige Kriegsbeihilfe soll gewährt werden: den im Ruhestand befindlichen, welche laufende Kriegsbeihilfe beziehen, und zwar den Beamten und dauernd Angestellten 50 Proz. des Sazes der einmaligen Feuerungszulage, den sie erhalten würden, wenn sie noch im Amt wären, Hilfskräften und Arbeitern 100 M. (das sind etwa 70 Proz. ihrer laufenden Kriegsbeihilfe); dazu treten 20 M. Zuschlag für jedes Kind; Hinterbliebene der genannten Personen erhalten, wenn sie laufende Kriegsbeihilfe beziehen, die gleichen Sätze. Wollwaisen sollen 80 M. erhalten.

Sprit-Schieber.

In die Millionen gehende Schiebungen mit Spirit, dem neuesten Artikel für Kriegsschieber und Schwindler, beschäftigt zurzeit die Behörden. In den meisten Fällen handelt es sich allerdings um sogenannten Leer-Geschäfte, d. h. um Spiritmengen von 50-80 000 Liter, die gar nicht vorhanden sind und mit denen in betrügerischer Weise operiert wird, um zumeist hohe Summen für Provisionen, Spesen und sogar für angebliche Verteidigungsgelder für hohe Beamte oder Offiziere von den Reststanten zu erlangen. Bekanntlich unterliegt der Spirit der Zwangsbewirtschaftung und wird nur für Seereschiffe und die Rüstungsindustrie abgegeben und zwar auf Grund eines Freigabelscheins, der von dem Vorsitzenden der Reichsbrandweinstelle erteilt wird. Hier steht nun der großstädtische Millionenschwindel ein. Das Kriegswucheramt, das sich seit Monaten mit diesen Schiebungen befaßt, hat in einer Reihe von Fällen festgestellt, daß von betrügerischen Elementen das Vorliegen dieses Freigabelscheins vorgetäuscht wurde; sogar Rechtsanwältinnen wurden zur Entgegennahme von in die Hunderttausende gehenden Summen als Treuhänder veranlaßt, um die Opfer völlig sicher zu machen. So gelang es einem bei Gericht nicht unterzeichneten Agenten Mandus, der zwar einen „Freigabelschein“ besaß, aber nur einen solchen auf Grund des § 51 St.-G.-B. von einer Reihe geldhungeriger Herren, sogar aus den besten lautmännlichen Kreisen, auf den Leim zu locken, die dann eines Morgens in ihren vornehmen Wohnungen des Wessens und Biergartenbilden von Kriminalbeamten aus deren Ruhe gestört wurden. Unter diesen „Kriegsgewinnlern“ befand sich u. a. auch ein mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse und dem Pour le mérite geschmückter „Fliegerleutnant Herr von Wedel-Braunsberg“, der sich dann als ein ganz gewöhnlicher Hochstapler entpuppte, der u. a. auch den Verkauf von Schlemmkreide als Sacharin als Spezialität betrieb. Der erwähnte Agent Mandus hatte den Weg zu der Direktion der Spirituszentrale gefunden und dann die ihm dort gegebene sachgemäße Auskunft zu verschiedenen Betrügereien benutzt. Diese Schiebengeschichten mit Spirit erstrecken sich über ganz Deutschland. Ihnen ist es in erster Linie zuzuschreiben, daß der Spirit, der mit 3-5 M. pro Liter freigegeben wird, im Schleichhandel auf 80 M. der Liter getrieben worden ist. Ähnliche Schwindeleien tauchen neuerdings auch mit Benzin, Benzol und Kognak auf. So wurde am Mittwoch ein Holländer namens Williges in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, der einen Charlottenburger Kaufmann um 50 000 M. geprellt hatte unter dem Vorbehalt, er habe von einem hiesigen Gardeeregiment den Auftrag, 50 000 Flaschen Kognak zu beschaffen.

„Billige Bonbons — das Pfund 1 Mark.“ Seit einiger Zeit schliegen in den verschiedensten Stadtteilen die sog. Bonbonlocheren wie die Wäse aus dem Erdboden hervor. Nielenplakate mit der Aufschrift „Bonbons, das Pfund 1 Mark“ dienen als Lockmittel. Wer sich für die Sache näher interessiert, erfährt dann, daß es sich um eine Art fliegender Bonbonfabrik handelt, in der man für 1 Mark Arbeitslohn und nach Abzug von 30 Prozent angeblichem Verlust aus einem mitzubringenden Pfund Zucker Ratz- und andere Bonbons hergestellt erhalten kann. Diese Bonbonlocheren, welche sich überall in den leerstehenden Läden einmisten, wurden bald Gegenstand der Aufmerksamkeit der Behörde, welche durch verschiedene Mittelungen zu dem Verdacht kam, daß diese Locheren gleichzeitig heimliche Fabriken für die überall künstlichen angeblichen „Auslandsbonbons“ sind. Da außerdem jeder die geringe Zuckermenge, die er auf Marken erhält, nicht zu Bonbons, sondern im Haushalt verbrauchen dürfte, so lag der weitere Verdacht vor, daß diese Bonbonlocheren gleichzeitig die Abnehmer für die recht erheblichen Zuckermengen sind, die sich im Schleichhandel befinden und zumeist aus strafbaren Handlungen herrühren. Um in diesen Dingen Klarheit zu schaffen, hat eine Streife von 50 Kriminalbeamten in den Bonbonlocheren statgefunden, welche das überraschende Resultat hatte, daß ganz bedeutende Zuckermengen beschlagnahmt wurden. So wurden u. a. in einer Kucherei im Norden 11 Zentner Zucker beschlagnahmt, der angeblich von einzelnen Kunden zur Verarbeitung abgeliefert worden war. Das Versteck enthielt lediglich eine Reihe von Namen, wie Schulte, Müller, Lehmann, Krause, ohne Angabe der Wohnung, so daß die Vermutung nahe liegt, daß es sich um fingierte Verkäufer handelt und der Zucker aus strafbaren Handlungen herrührt. Ähnliche Mengen wurden in anderen Geschäften beschlagnahmt.

Wie wir hören, sind beim Kriegswucheramt nur ganz wenige Einprüche gegen die erfolgten Zuckerbeschlagnahmen erfolgt. Wie ich dabei herausgestellt hat, sind auch diese eigenartigen Kriegsunternehmungen zum Teil auf Schwindel aufgebaut. Diese Bonbonlocheren teilten in ihren Ankündigungen mit, daß bei der Übergabe eines Pfundes Zucker mit einem Verlust von 30 Proz. zu rechnen sei. Wie die Inhaber dieser Bonbonlocheren jetzt angeben, ankündigend um sich vor schwerer Bekrafung wegen Diebstahl zu retten, rühren die bei ihnen beschlagnahmten großen Zuckermengen aus Lebereschaffen bei der Bonbonbereitung her. Gegen diese Leute wird ein Strafverfahren wegen Betruges bezw. Unterschlagung eingeleitet werden. — Welche Hansjuckungen haben auch in anderen großen Städten stattgefunden. Hierbei stellt sich a. B. in Breslau die überraschende Tatsache heraus, daß der Inhaber einer solchen Bonbonlocher gleichzeitig die kommunale Zuckerverteilung unter sich hatte. — Es wird an zuständiger Stelle in Erwägung gezogen, diese Bonbonlocheren völlig zu unterlagen, da sie zumeist Schlupfwinkel für geschobenen oder geklebten Zucker darstellen, von denen dann die sogen. Auslandsbonbons zu Bucherpreisen ausgehen.

Der Schluß der Sommerzeit. Es wird amtlich daran erinnert, daß die diesjährige Sommerzeit am 16. September, also am nächsten Montag, morgens 8 Uhr, endet. Die öffentlichen Uhren sind demgemäß am 16. September morgens 8 Uhr auf 2 Uhr zurückzustellen.

Das kommunale Frauenwahlrecht forderte eine in Berlin tagende Mitglieder-Versammlung des Reichsverbandes deutscher Schneiderinnen.

Der Doppelmord in der Spandauer Straße. Die Kriminalpolizei hat eine Freundin der Ermordeten ermittelt, die noch während der Zeit vom 1. d. Mts. bis zur Auslieferung des Verbrechens wiederholt mit Frau Müller gesprochen hat. Diese hatte ihr auch von den beiden neuen Mielern erzählt und eine Kupferung des einen der beiden „Cruder“ wiedergegeben, nach der dieses zu der Vermieterin gesagt hat, daß der andere „Cruder“ etwas „famlich

beranlagt" sei. Hiermit wollte er begründen, daß dieser Oster Postanweisungen mit kleineren Beträgen an die Frau Mühle mit dem Auftrage sandte, ihm für das Geld eine Kaffeekanne, eine Tasse und andere Kleinigkeiten zu kaufen. Das tat auch die Frau ohne weitere Bedenken und kam nur, wie sie meinte, einer Eigenart des neuen Posters entgegen. In Wirklichkeit werden die Postanweisungen wohl aufgegeben worden sein, damit der Gelbbriefträger mit Frau Mühle in Verbindung kam und sie durch die Vermieterin bei dem Beamten bekannt wurden. Dies scheint auch geschehen zu sein. Auch diese Feststellung spricht wieder dafür, daß das schwere Verbrechen von den Tätern von langer Hand vorbereitet worden ist. Die Freundin der Frau Mühle hatte auch gesehen, daß auf dem Blechbildchen „Adolf Stübenrauch“ gestanden hat.

Zum Raubmord in der Karstraße wird uns mitgeteilt, daß gestern nachmittags um 4 Uhr ein gerichtlicher Vorkalender in dem Nordhaufe stattfand. Die beiden Täter waren in einer geschlossenen Frosche zum Tator gebracht worden. Frau Barzina, die Geliebte Aulawits, hat, wie die Vernehmungen ergeben haben, zwar gewußt, daß die beiden in Berlin „etwas vorhaben“, war von der Tat jedoch vorher nicht unterrichtet.

Der Raubmord, der unlängst in Schöneberg auf die Frau des Schlächtermeisters Lehmannowski in der Helmstraße verübt wurde, ist jetzt völlig aufgeklärt worden. Gestern gelang es, auch den zweiten Räuber festzunehmen, einen Russen namens Josef Wapiczi, der sich in einer Herberge in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes versteckt gehalten hatte. Beide Verhaftete wurden jetzt dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Spandau. Stadtverordnetenversammlung. Der Versammlung am Donnerstag lagen nicht weniger wie 33 Anträge zur Beschlussfassung vor. Eine Anfrage, die mangelhafte Fleischversorgung in den letzten Wochen betreffend, gab Anlaß zu einer allgemeinen Ernährungsdebatte. Stadtverordneter Fortenbacher (Kom. Wahlver.) begründete die Anfrage und bedauerte, daß Spandau nicht in derselben Weise mit Fleisch beliefert werde wie Groß-Berlin. Obwohl Spandau als reine Arbeiterstadt den berechtigten Anspruch habe, besser beliefert zu werden, wie alle anderen Städte, habe man bei der letzten Fleischverteilung nur 120 Gramm Fleisch ausgegeben. Die Mischmahlung und Gärung unter der Arbeiterschaft sei sehr groß und der Magistrat habe die ernsteste Pflicht, sich um die bessere Versorgung der Einwohnerschaft zu kümmern. — Bürgermeister Wolf führte aus, daß der Magistrat an der schlechten Verteilung schuldlos sei. Alle Verträge, Spandau in der Fleischversorgung mit Groß-Berlin gleichzustellen, seien bis jetzt resultatlos verlaufen. Es sei aber erneut beim Kriegsernährungsamt Beschwerde erhoben worden, die hoffentlich Erfolg habe.

Genosse Stahl kann den Magistrat nicht schuldlos sprechen bei der jetzigen Misere. Tatsache sei, daß erst nach der letzten Sitzung der Kriegskommission der Magistrat bzw. der Oberbürgermeister die notwendigen Schritte beim Kriegsernährungsamt unternommen habe. Auch seien die Ausgleichsmittel für die fleischlose Woche so spärlich gewesen, daß den Arbeitern das „Durchhalten“ äußerst schwer gemacht würde. Vor allen Dingen sei es dringend notwendig, da wir einem schlimmen Winter bezüglich der Ernährung entgegengehen, daß die maßgebenden Instanzen nicht unversucht lassen, um die Kartoffelration auf 10 Pfund zu erhöhen. Die Möglichkeit läge vor, wenn man dem Schleichhandel etwas schärfer seitens der Regierung auf den Leib rüde. Oberbürgermeister Koelke verteidigte sich in längeren Ausführungen auf die Angriffe des Stadts. Fortenbacher und unferes Genossen Stahl, die Herrn Fortenbacher Veranlassung gaben, seine Angriffe auf den Magistrat in einer persönlichen Bemerkung zurückzunehmen. Der Magistrat ver sprach alles zu tun, um den berechtigten Wünschen der Einwohnerschaft Rechnung zu tragen.

Für die aus der Kriegsgesamtheit heimkehrenden Krieger wurden einstimmig 5000 M. zur Verfügung gestellt.

Für das neuerbaute städtische Wohnungsamt wird ein Ausschuss von 3 Magistratsmitgliedern und 8 Stadtverordneten gewählt.

Der Antrag Stahl, die Stadtratsdeputation von 7 auf 9 Mitglieder zu erhöhen, wird abgelehnt, jedoch zugesagt, daß bei der nächsten Neuwahl der Deputation ein Sitz der sozialdemokratischen Fraktion zugesprochen werden soll.

Für die städtische Dörranlage wird eine Erweiterung geplant und die Neuanschaffung zweier Dampffessel für 70000 M. beschlossen.

Dem Verein „Ferienkolonie“ werden anstatt bisher 1000 M. 2000 M. einstimmig bewilligt.

Ebenfalls werden der neugegründeten Baugesellschaft „Eigenheim“ 90000 Quadratmeter städtisches Baugelände zum Bau von Einfamilienhäusern zum Preise von 10 M. pro Quadratmeter bewilligt, um auch durch diese Maßnahme der herrschenden Wohnungsnot zu steuern. Die Genossenschaft zahlt von diesem Betrage 250 M. pro Quadratmeter für die Stadt, der Rest von 750 M. wird von der Stadt als Baukostenzuschuß geleistet unter folgenden Bedingungen: Der Genossenschaft wird von anderer Seite, insbesondere vom Reich oder Staat ein gleichhoher Baukostenzuschuß gemährt. Die Stadt ist an der Verwaltung der Genossenschaft zu beteiligen. Änderungen der erst noch zu genehmigenden Statuten und Mietverträge mit Kaufmännerschaft nur mit Zustimmung des Magistrats. Es dürfen nur Einfamilienhäuser gebaut werden. Genehmigung der Bauprojekte durch den Magistrat. Fertigstellung der Bauten innerhalb 2 Jahren nach Friedensschluss und Sicherung der rechtzeitigen Fertigstellung durch noch von der Stadt festzusetzende Bestimmungen.

Nachdem folgte eine geheime Sitzung, in welcher u. a. die Steuerzulagen an die Beamten, Hilfsarbeiter und Arbeiter beraten wurde.

Kaulsdorf. Ein abstruierender Gemeindevorsteher. Aus Anlaß von Unstimmigkeiten bei der Verteilung von Lebensmitteln im Kreise Niederbarnim fand am 14. August 1917 im Landratsamt eine Vorphandlung statt, bei der Herr Dr. Busch unseren Genossen Schlemminger und Schwarzbürger erklärte, daß er schon vor einiger Zeit an die Gemeindevorsteher das Ersuchen gerichtet hat, in den einzelnen Orten Lebensmittelausschüsse auf paritätischer Grundlage zu errichten und daß er diese Anträge noch einmal wiederholen wolle. Daneben wurde auch für den ganzen Kreis eine größere Kommission gebildet. Wie später bekannt geworden ist, gründete sich das Ersuchen des damaligen Landrats zur Schaffung solcher Kommissionen in den einzelnen Orten auf eine Anregung des preussischen Kommissars für das Ernährungswesen, der es in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten für wünschenswert hielt, daß auch die Vertreter der Arbeiterschaft in Zukunft mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen würden. Das Bekanntwerden dieser Anregung, die allerdings erst nach vieler Mühe aus dem Amtsbau der Gemeindeverwaltungen herausgeholt werden konnte, führte dazu, daß unsere Genossen in den verschiedenen Orten auf ihre Durchführung drangen. So auch in Kaulsdorf. Anfangs ging die Sache ganz gut. Die Arbeitervertreter nahmen sich mit Eifer und Geschick ihrer neuen Aufgabe an und fanden bei ihrem Vorgehen auch das Verständnis des früheren unbesetzten Gemeindevorstehers. Die Wünsche und Anregungen der Vertreter der Arbeiter wurden von diesem Herrn in weitgehendstem Maße berücksichtigt. Anders wurde es, als dem unbesetzten ein besetzter Gemeindevorsteher folgte. Der neue Herr führte in allen Dingen wie üblich eine Neuordnung ein. Die Anregungen der Arbeitervertreter wurden wenig beachtet oder ihnen überhaupt keine Rolle gegeben. Der Wirtschaftsausschuß, wie die paritätische Kommission in Kaulsdorf genannt wurde, trat nur äußerst selten zusammen. Es wurde erklärt, die obgenannte Anregung sei an Orte überhaupt nicht bekannt, der Ausschuss sei viel zu groß, Wünsche und Beschwerden sollten schriftlich mitgeteilt werden, er, der Herr Gemeindevorsteher, würde dann nach Lage der Sache darüber befinden, ob überhaupt solche Sitzungen notwendig

seien, im übrigen käme für seine Handlungsweise nur die Landgemeindevorsteher in Betracht und die Kenne einen Wirtschaftsausschuß nicht (1). Von da ab spitzten sich die Verhältnisse immer mehr zu. Konnte der Ausschuss mit einem Male auch nicht ganz beseitigt werden, so wollte man doch seine Wirksamkeit möglichst einschränken. Die nötige Majorität wurde bei dem „an sich schon zu großen Ausschuss“ (siehe oben) durch Zuzahl zweier Vertreter der Beamten geschaffen und unter Teilnahme des gesamten Gemeindevorstandes alle Anträge auf Schaffung von Richtlinien für die Tätigkeit des Ausschusses abgelehnt. Völlig entstellte Berichte in der Kreispresse taten das übrige. Berichtigungen wurden durch den Verleger unter Hinweis auf eine Mitteilung des Oberkommandos in den Worten abgelehnt. Damit war die bisherige Kommission ausgeschafft und es blieb den Vertretern der Arbeiter nichts anderes übrig als ihr Mandat in die Hände ihrer Auftraggeber zurückzugeben. Diese sind natürlich keineswegs besonders erhaben darüber, sondern erwarten, daß von den vorgelegten Stellen alles geschieht, um den alten Zustand wiederherzustellen. Die Zusammenkunft des Ausschusses muß wieder paritätisch werden. Die Führung der Geschäfte ist nach einer Arbeitsordnung zu regeln. Den Mitgliedern müssen Kontrollrechte eingeräumt und ihnen eine laufende Uebersicht über das finanzielle Ergebnis der Versorgung der Einwohner mit Nahrungs- und Genussmitteln gegeben werden. Das soll allerdings nach Ansicht des Herrn Reinhold die Aufrichtung einer sozialdemokratischen Nebenregierung bedeuten, die er unter allen Umständen verhindern zu müssen glaubt. Die letztere Neuerung hat er zwar auf Drängen auch bürgerlicher Vertreter zurücknehmen müssen, aber bezeichnend für seine Fähigkeiten, sich im Ausdruck zu vergräben, ist sie immerhin. Im den Ausgang der Sache darf man gespannt sein, da sie auch den amtlichen Stellen bereits vorliegt. Die Genossen der anderen Orte des Kreises aber bitten wir, auf diese und ähnliche Vorgänge ein wachsames Auge zu haben. Nicht nur in Kaulsdorf empfindet man die Beteiligung der Arbeitervertreter als eine Verlastigung, von der man sich sobald als möglich befreien möchte.

## Feldpost-Abonnenten

**Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 2.— M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat Oktober zu sichern.**

tätlich werden. Die Führung der Geschäfte ist nach einer Arbeitsordnung zu regeln. Den Mitgliedern müssen Kontrollrechte eingeräumt und ihnen eine laufende Uebersicht über das finanzielle Ergebnis der Versorgung der Einwohner mit Nahrungs- und Genussmitteln gegeben werden. Das soll allerdings nach Ansicht des Herrn Reinhold die Aufrichtung einer sozialdemokratischen Nebenregierung bedeuten, die er unter allen Umständen verhindern zu müssen glaubt. Die letztere Neuerung hat er zwar auf Drängen auch bürgerlicher Vertreter zurücknehmen müssen, aber bezeichnend für seine Fähigkeiten, sich im Ausdruck zu vergräben, ist sie immerhin. Im den Ausgang der Sache darf man gespannt sein, da sie auch den amtlichen Stellen bereits vorliegt. Die Genossen der anderen Orte des Kreises aber bitten wir, auf diese und ähnliche Vorgänge ein wachsames Auge zu haben. Nicht nur in Kaulsdorf empfindet man die Beteiligung der Arbeitervertreter als eine Verlastigung, von der man sich sobald als möglich befreien möchte.

Wilmerdorf. Stadtverordnetenversammlung. Dem Beispiel des Staates folgend, hat die Stadt ihren Angestellten eine einmalige Kriegsteuerzulage bewilligt, die für den einzelnen mindestens 500 und höchstens 1000 M. beträgt. Die Berechnung erfolgt in der Weise, daß zu einem Grundbetrage von 250 M. ein Monatsgehalt hinzugefügt wird. Der so errechnete Betrag wird, falls er unter 500 M. zurückbleibt, auf 500 M. erhöht, falls er 1000 M. übersteigt, auf 1000 M. ermäßigt. Für versorgungsberechtigte Kinder werden je 10 Proz. hinzugerechnet. Unverheiratete erhalten 70 Proz. der Zulage. Genosse Vödemann wünschte, daß baldmöglichst auch für die von dieser Zulage nicht erfassten Kriegshilfsarbeiter etwas gesehen möge. Dem Magistrat wurde erklärt, daß ein weiterer Ausbau der Teuerungszulage bereits erzwungen werde. — Die Mietung eines 150 Räume umfassenden Gebäudes für jährlich 50000 M. zur Unterbringung der städtischen Kriegswirtschaftlichen Betriebe wurde gebilligt. — Von liberaler Seite wurden mehrere Anfragen zur Wohnungsnot gestellt, die in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen werden.

Steglich. Lebensmittel. Außer den üblichen Lebensmittelrationen gelangen noch zur Verteilung vom 16.—22. September: Sterilisierte Milch für Kinder im Alter von 6—14 Jahren und 1/2 Pfund Beringe auf den Kopf der Ausgerufenen.

Reinickendorf. Eierverteilung. Auf Abschnitt 18 der Eierkarte werden für die Einwohner des östlichen Ortsteils vom 14. d. Mts. ab und für die Einwohner des westlichen Ortsteils vom 16. d. Mts. ab je 2 Eier a 56 Pf. abgegeben. Die Eier müssen innerhalb einer Woche abgeholt werden.

Friedrichshagen. Eierabgabe. Auf Abschnitt 5 der Eierkarte kommen je zwei Eier a 56 Pf. zur Verteilung. Austausch von schlechten Eiern nur in ganzem Zustande innerhalb drei Tagen.

— Brennholzverkauf. Anmeldungen auf Kloben und Anüppel nimmt die Kohlenstelle, Friedrichstr. 97, entgegen. Bestellungen auf Anfahren werden sofort erledigt.

Kowames. Judenrationalisierung. Abschnitt 47 der Judenrate und 22 der Judenrate sind von heute bis Montag dem Kleinbändler zur Anmeldung vorzulegen. Die Ware gelangt vom 19. ab zur Verteilung.

## Soziales.

### Eine Reform der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Die Bestimmungen über die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte haben sich schon vor dem Kriege zum Teil als reformbedürftig erwiesen. Während des Krieges sind nun einzelne Maßbestimmungen mit Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer unhaltbar geworden. Es kommt dazu, daß das bevorstehende Arbeitskammergesetz ohne eine Änderung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes notwendig machen wird. Aus all diesen Gründen tritt der „Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“ jetzt mit positiven Vorschlägen für eine entsprechende Gesetzesnovelle im Verbandsorgan „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ hervor.

Zunächst wird eine Erweiterung der Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts in der Weise vorgeschlagen, daß auch die Rechtsnachfolger von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also z. B. Erben als Kläger oder Beklagte vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht bestehen. Es soll in jedem Amtsgerichtsbezirk mindestens ein Gewerbe- und Kaufmannsgericht bestehen. Auch der Personenkreis, für den das Gewerbe- und Kaufmannsgericht zuständig ist, soll eine Erweiterung erfahren. Bisher findet das Gesetz auf alle Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter und Lehrlinge Anwendung, die unter Titel VII der Gewerbeordnung fallen. Außerdem konnten Werkmeister und technische Angestellte ihre Streitfälle aus dem Dienstvertrag vor das Gewerbe- und Kaufmannsgericht bringen, soweit sie unter 2000 M. Jahresverdienst bezogen hatten. Der Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte beantragt, diese Grenze auf 5000 M. zu erhöhen. Wenn man die heutigen Preis- und Geldverhältnisse in Erwägung zieht, so erscheint die Gehaltsgrenze von 5000 M. noch als zu niedrig. Entsprechend der eben erfolgten Änderung in der Angestelltenversicherung müßte auch die Zuständigkeitsgrenze der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für die technischen Angestellten auf etwa 7000 bis 8000 M. erhöht werden.

Auch hinsichtlich der sachlichen Zuständigkeit bringen die Vorschläge teils eine klarere Fassung, teils eine Erweiterung. Gefordert wird, daß das Gewerbe- und Kaufmannsgericht zur Entscheidung von Schadenersatzansprüchen zuständig ist, die sich aus der Verweigerung eines

Abwehrschusses ergeben können. Ferner soll der bisherige Ausschluß von Konkurrenzkaufverträgen beseitigt werden. Durch diese Änderung würde sich das Gewerbe- und Kaufmannsgericht nur dem Kaufmannsgericht, das heute schon in solchen Fällen zuständig ist, anpassen. Ebenso sollen künftig Schadenersatzansprüche, die sich aus dem Nichtzustandekommen eines Arbeitsverhältnisses ergeben, vor das Gewerbe- und Kaufmannsgericht gebracht werden können.

Eine dringliche Änderung war im § 11 notwendig geworden. Danach kann bisher als Weisiger nur berufen werden, wer zwei Jahre im Bezirk des Gerichts wohnt oder beschäftigt ist. Damit wäre den Kriegsteilnehmern nur ihrer Heimkehr aus dem Feldzuge die Möglichkeit einer Kandidatur als Gewerbe- und Kaufmannsgerichtlicher Weisiger völlig genommen. Um diese Benachteiligung der Kriegsteilnehmer aufzuheben, wird folgende Ergänzung des § 11 beantragt:

„Kriegsteilnehmer sind für die erste Wahl nach Beendigung des Krieges von dieser Voraussetzung befreit.“

Da den Weisigern das Recht zusteht, nach 5jähriger Amtsdauer für die weiteren drei Jahre die Uebernahme eines Weisigerpostens abzulehnen, gleichzeitig aber durch eine Kriegsverordnung des Bundesrats bestimmt ist, daß die Amtsdauer der Weisiger bis 6 Monate nach Beendigung des Krieges verlängert werden soll, so kann sich hier ein Widerspruch ergeben. Es soll deshalb bestimmt werden, daß das erwähnte Ablehnungsrecht der Weisiger bis zum Ablauf von 6 Monaten nach Beendigung des Krieges ruht. Es wird weiter vorgeschlagen, die Berufungssumme mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert und die Steigerung der Löhne von 100 M. auf 300 M. zu erhöhen. Von wesentlicher Bedeutung für das Berufungsverfahren ist auch der Antrag, daß die Berufungsgerichte — nämlich die Landgerichte — besondere Berufungskammern für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bilden sollen. Dabei sollen den drei Landrichtern je zwei Weisiger aus den Arbeitgeber und Arbeitnehmer beigegeben werden, so daß die grundsätzliche Zusammensetzung des Laiengerichts auch in der Berufungsinstanz gewahrt würde.

Im § 81 des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes wird bestimmt, daß es keine Anwendung findet auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften, sowie auf die Arbeiter der Eisenbahn-, Militär- und Marineverwaltung und die städtischen Arbeiter. Dafür wird jetzt folgende Fassung vorgeschlagen: „Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf die in Apotheken, in Eisenbahn-, Militär- und Marineverwaltung, sowie in städtischen Handelsgeschäften und Lehrlinge sowie auf Arbeiter, die in den unter der Militär- oder Marineverwaltung stehenden Betriebsanlagen beschäftigt sind.“ Dennoch wird für die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte z. B. Auktion, Woten usw. die Zuständigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gesichert.

Für die Reform des Kaufmannsgerichts werden ebenfalls eine Reihe Änderungsanträge gestellt, die grundsätzlich auf der Linie der hier berichteten Vorschläge zum Ausbau des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts liegen.

Zur unbedingten Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit wird schließlich der Vorschlag zur Ermöglichung gestellt, die Vorkommen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf Lebenszeit zu bestellen. Ebenso hat der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte das aktive und passive Wahlrecht der erwerbstätigen Frauen zu den Arbeitsgerichten in seine Reformvorschläge mit einbezogen.

Es wird nun noch Sache der Gewerkschaften sein, die Vorschläge des Verbandes der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu begutachten, doch dürfte im allgemeinen eine Ueber einstimmung der notwendigen Forderungen ohne besondere Schwierigkeiten herzustellen sein.

### Arbeiterkontrollen in der Steinindustrie.

Wir haben in Nr. 46 des „Vorwärts“ Kritik an der Stellungnahme des Reichsversicherungsamtes gegenüber einer Anregung des Steinarbeiterverbandes, zur Durchführung der Betriebskontrollen gemäß § 875 der Reichsversicherungsordnung auch Arbeiter heranzuziehen, geübt. Sie scheint nicht wirkungslos gewesen zu sein, denn auf eine erneute Anregung des Steinarbeiterverbandes an das Reichsversicherungsamt und an die Steinbrüchlergenossenschaft hat die letztere nunmehr auf ihrer vierundreißigsten Tagung die Heranziehung von Betriebskontrollen aus der Arbeiterschaft für wünschenswert erklärt. Am besten werde den technischen Aufsichtsbearbeitern ein tüchtiger erfahrener Meister oder Arbeiter als Gehilfe beigegeben, der für die Zeit der Kontrolltätigkeit beurlaubt und von der Sektion entschädigt werde. Die Auswahl dieser Arbeitervertreter, die Entscheidung über das Bedürfnis nach Arbeiterkontrollen im Einzelfalle und ihre Anstellung soll den zehn Sektionen der Berufsgenossenschaft überlassen bleiben.

Der „Steinarbeiter“ erkennt das ehrliche Entgegenkommen in diesem Beschlusse um so mehr an, als die Berufsgenossenschaft erfreulicherweise weiter geht als das Gutachten des Reichsversicherungsamtes.

Die organisierten Steinarbeiter werden den Kellerfolg als Abschlagszahlung annehmen und weiter für die allgemeine Heranziehung von Arbeitern zu allen Arbeiterschutzkontrollen wirken, bis sie durchgeführt ist.

## Aus aller Welt.

### Eisenbahnunglück in Holland.

Amsterdam, 13. September. Den Blättern wird gemeldet, daß der Schnellzug von Apeldoorn, der um 10.10 Uhr vormittags aus der Station Hilversum abfährt, entgleist ist. Nach den letzten Nachrichten sind 40 Tote und 100—150 Verwundete zu beklagen.

Amsterdam, 13. September. Das Eisenbahnunglück bei Weesp scheint das schwerste zu sein, das sich in Holland jemals ereignet hat. Es entstand dadurch, daß der verhältnismäßig hohe, von den letzten Regengüssen durchweichte Bahndamm vor der Brücke über den Rerwede-Kanal die Last des schweren Zuges nicht auszuhalten vermochte und nachgab. Die Lokomotive des Zuges blieb auf der Brücke stehen, an ihr hing der erste Wagen über den weggesunkenen Teil des Damms. Die dahinter befindlichen fünf Personenzüge und ein Güterwagen sind abgestürzt. Militär und eine große Anzahl von Kerkern wurden zur Hilfeleistung aufgedolten. Der Verkehr auf der Strecke nach Hilversum ist vollständig unmöglich und kann nur über Utrecht aufrecht erhalten werden.

Schwere Grippeepidemie in Norwegen. Kristiania, 13. September. „Verdensgang“ berichtet über die immer größeren Umfang annehmende Ausbreitung der spanischen Grippe in Nord-Norwegen, besonders in den Städten Drontheim, Kalesund und Christianfand, wo täglich mehrere Todesfälle eintreten. Deshalb seien Schulen, Kirchen, Versammlungslokale und Lichtbildtheater geschlossen worden. In Kalesund kam am Sonntag ein Fischerboot an, von dessen Mannschaft acht Mann unterwegs an spanischer Krankheit gestorben waren.

### Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Morgen Sonntag Begehung am Jüdenberg in Berlin. Treffpunkte: Jugendheim, Lindenstr. 3 und Abteilung Zaden: 6 Uhr morgens Potsdamer Fernbahnhof, Unkosten 2 M. Abteilung Gesundbrunnen: Sonnabend abend 7/7 Uhr Potsdamer Bahnhof, Unkosten mit Uebernachtung in Zaden 250 M. für Nachzügler: Sonntag früh 6 Uhr Bahnhof Balliststraße (Rendahnsteig). Abteilung Weihensee: Sonnabend abend 7 Uhr Antonplatz.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Sonntag mittags. Zeitweise heiter, aber kühl und sehr veränderlich, mit öfter wiederholten geringen Regengüssen.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Ch. Wtr.** Die Beförderung richtet sich nicht nach der Dienstzeit. Es besteht keine Verbindung in der von Ihnen gedachten Art. — **Zur Zweifels.** Der Offiziersstellvertreter kann sich außer Menage belästigen. — **R. N. 100.** Es besteht kein Anspruch auf Bergantienförderung, da der Leichende nur Gelehrter ist. Er hätte Unteroffizier sein. — **W. 76.** Zungenleiden, zugeht dienstunfähig. — **Emma 100.** Bei vorliegender Bedürftigkeit kann eine Forderung bis zu 1000 M. bei Wiederbeschäftigung gezahlt werden. — **S. 34.** Anspruch der Frau auf Lösung für den Abgang der Gemeindeglieder nicht, sie kann gemährt werden. Der Antrag ist beim Gemeindevorstand zu stellen. — **W. R. 1887.** Ihrer Frau Recht auch dann die Reichsmodernhilfe zu. Antrag ist bei der Reichsbehörde zu stellen. 2. Anspruch auf Urlaub können Sie nicht erheben. Wenn Ihnen aber das Verprechen in der Form gegeben worden ist, so beantragen Sie darauf zugeht Urlaub. — **Ferdin 1918.** Die Sache läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Sie könnten es ja aber event. mit einer Beschwerde versuchen. 2. Nein. — **H. P. 10.** Entgeht sich unter Kenntnis. — **Jechern.** Die Invalidenversicherung kann, da nach ärztlichem Gutachten nur 50 Proz. Erwerbsfähigkeit vorliegt, zur Rentenzahlung nicht verpflichtet werden. Der Mann sollte aber Schadenersatzansprüche beim Landrat anmelden. — **Bernhard Ch. 24.** 1. Die Frage ist un-

klar. Wenn wir Sie recht verstanden haben, wäre Sie dahin zu beantragen, daß in dem Falle der Anspruch auf Unterhaltsgelder abgelehnt werden kann. 2. Ja. 3. Nein. 4. Eine Wiederannahme der Klage ist nicht möglich, das Urteil ist rechtskräftig. Die Vaterhaft ist doch früher nicht nachgewiesen. 5. Sie sind dazu als Bruder nicht berechtigt, nur der Vormund. — **1. W. A. 11.** Sie müssen noch für das Ausstrichjahr und für das darauf folgende Jahr Kirchensteuer bezahlen. Den Kindern erwidert dadurch in der Schule keinerlei Nachteil. — **198. G. W.** Bei dem angegebenen Einkommen hat Ihre Frau keinen Anspruch, auch nicht auf Staatsunterstützung. — **H. A. 4.** Der vom Vater erworbene Landbesitz ist jedenfalls Eigentum des Vaters. Für die Abgabe des Eigentums wird der Betrag gefordert werden, der, weil anscheinend verhältnismäßig geringfügig, ein gewisses Gegenkommen gegen den Kriegsverlust bedeckt. — **S. G. 37.** Nach neunjähriger Dienstzeit. — **G. P. 25.** Der Offiziersstellvertreter kann u. a. beide Funktionen ausüben. — **R. W. 3. 3.** Können Sie die Sache zur gerichtlichen Entscheidung kommen. Es liegt aber Ihnen ob, den Betreffenden ausfindig zu machen und dem Gericht auszugeben. — **333. Christburg.** Die Mutter hat keinen Anspruch auf die Pension, die gilt nur für Witwen von Teilnehmern an dem jetzigen Kriege. — **S. J. 111.** Wenden Sie sich an den Gauvorstand des Metallarbeiterverbandes für Rheinland-Westfalen, Düsseldorf, Bürgerstr. 19. — **H. G. 101.** In medizinischen Angelegenheiten können wir keine Auskunft geben. Geben Sie zu einem Arzt! — **H. G. 101.** Die Spankassengelder sind

sicher angelegt. Ihre Befürchtungen sind grundlos — **Kraftfahrer 1 Wilkon.** Uns stehen nur die Zahlen der letzten Volkszählung von 1910 zur Verfügung. Fragen Sie direkt bei der Hamburger Stadtverwaltung an.

**Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.**

Wasserstand am		11.		12.		Wasserstand am		11.		12.	
cm		cm		cm		cm		cm		cm	
Wemel	181	181	181	Zaate	58	58	Großhau	58	58	58	58
Vregel	168	168	168	Gabel	42	42	Spandau	42	42	42	42
Weichsel	168	168	168	Kathow	7	7	Radibow	7	7	7	7
Oder	125	124	124	Spree	70	72	Sprenberg	70	72	72	72
Kroffen	103	98	98	Kersdorf	204	204	Kersdorf	204	204	204	204
Kranfurt	106	102	102	Weser	128	128	Alinden	128	128	128	128
Warthe	80	80	80	Schimm	184	208	Alinden	184	208	208	208
Zandberg	8	8	8	Zandberg	8	8	Rhein	8	8	8	8
Nebe	28	28	28	Vorbamm	28	28	Weser	28	28	28	28
Elbe	61	61	61	Leitmeritz	61	61	Weser	61	61	61	61
Preßden	198	198	198	Preßden	198	198	Weser	198	198	198	198
Barby	88	88	88	Barby	88	88	Weser	88	88	88	88
Magdeburg	80	84	84	Magdeburg	80	84	Weser	80	84	84	84

**Direktion Max Reinhardt.**  
**Deutsches Theater.**  
 7 Uhr: Was ihr wollt.  
 Sonnt. 2 1/2 Uhr: Fahrman Henschel  
**Kammerspiele.**  
 7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.  
 Sonntag 2 1/2 Uhr: Gosponster.  
**Kleines Schauspielhaus**  
 Fassnerstraße 1, Portal 5.  
 7 1/2 Uhr: Clavigo.

**Volksbühne**  
 Theater am Bälowlplatz.  
 Direktion Friedrich KayDler.  
 7 1/2 Uhr: Maß für Maß.  
 Dir. C. Meinhard — R. Barnauer.  
**Theater in Königgrätzer Str.**  
 8 Uhr: Erdgeist.

**Komödienhaus**  
 8 Uhr: Die fünf Frankfurter.  
**Berliner Theater**  
 7 1/2 Uhr: Blitzblaues Blut.  
**Trianon-Theater**  
 Bht. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2201.  
 Heute 8 Uhr zum 379. Male:  
**Der Lebenschüler.**  
 Heute 1/4 Uhr. Kl. Preise:  
**Schneewittchen.**  
 Morgen 1/4 Uhr. Kl. Preise:  
**Johannisfeuer.**  
 Mittw. 1/4 kl. Pr.: Kothkappchen

**Theater der Friedrichstadt.**  
 Ecke Friedrich- u. Linienstr.  
 7 1/2 Uhr. Tägl.: Nord 8650.  
**Kaiserplatz 3, 1 Tr.**  
 Ein lust. Stück m. Musik v. Laufs  
 v. Möllendorff, Georg. L. Holms  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Jugend.

**WINTERGARTEN**  
 12 Spezialitäten 12  
 Rauchen gestattet!

**Apollo-**  
 Friedrichstr. 218  
 Dir.: James Klein.  
 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
**September-Sensationen!**  
**Sherlock Holmes**  
 der mexikanische  
 Ausbrecherkönig.  
**Leb. Porzellan,**  
**Rita Belmonte,**  
 die span. Schönheit,  
 und weitere Sensat.  
 Vorverkauf an der  
 Tagesk. 10-6 Uhr.  
 Sonnt. 3 1/2 Uhr jeder  
 Erwachs. 1 Kind frei!

**Rose-Theater.**  
 8 1/2 Uhr: Die sieben Raben.  
 7 1/2 Uhr:  
 Fräulein Schnabels Verlobung.

**Admiralspalast.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Die Prinzessin von Tragant.**  
 Snjadh. Deutsche Tänze.

**Casino-Theater.**  
 Lothring. Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 11:  
 Der neue Schlegel  
**Man laßt mal wieder!**  
 Berliner Witze in 8 Akten.  
 Borber erfr. Spezialitäten.  
 U. a.: Grete Linds Menschenaffen.  
 Sonnt. 3 1/2: Eine glückliche Ehe.

**Reichshallen-Theater.**  
 Altshausen 7 1/2 Uhr u.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Stettiner Sänger.**  
 Nachmittags ermäßigte  
 Preise!

**Theater für Sonnabend, 14. Sept.**  
**Central-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stammul.  
**Deutsches Opernhaus**  
 7 Uhr: Der Postillon von Lonjumeau.  
**Friedrich-Wilhelmst. Theater**  
 7 1/2 Uhr: Hauneri.  
 (Dreimäderhaus II. Teil.)  
**Kleines Theater**  
 1/8 Uhr: Der Einsame.  
**Komische Oper**  
 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
**Lustspielhaus**  
 7 1/4 Uhr: Die spanische Fliege.  
**Metropol-Theater**  
 7 Uhr zum 1. Male:  
**Die Faschingsfee.**  
**Neues Operettenhaus**  
 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.  
 Mg. 8 Uhr: Der Soldat der Maria.

**Palast-Theater**  
 Dienstag, 17. Sept., 7 Uhr:  
**Der Stralauer Fischzug.**  
**Residens-Theater**  
 7 1/4 Uhr: Der junge Zar.  
**Schiller-Th. Charl.**  
 3 Uhr: Wilhelm Tell.  
 7 1/2 Uhr: Pfarrer von Kirchfeld.  
**Thalia-Theater**  
 7 1/4 Uhr: Unter der blühenden Linde  
 Theater am Nollendorfplatz  
 7 Uhr:  
*Was alle das Gefühl*

**Theater des Westens**  
 7 1/4 Uhr: Die lustige Witwe  
 mit Guido Thielscher.  
**Wallner-Theater**  
 7 1/4 Uhr: Graf Rabenichts.

**NATIONAL-THEATER.**  
 1/8 Cöpenicker Straße 68. (Deutsch-Amerik. Theater.)  
**Der große Operettenerfolg!**  
**Prinzenliebe.**  
 Musik von Walter Bromme.  
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Mäuschen. Vorverk. v. 10 Uhr ununterbrochen. — Kleine Preise.

**Circus Busch**  
 Bahnhof Börse. Fernspr. Norden 840.  
 Sonnabend, den 14. September 1918,  
 7 1/2 Uhr 7 1/2  
**! Große Eröffnungs-Vorstellung !**  
 mit dem  
 ausgezeichneten **Circus-Programm**  
 und zum Schluß:  
**Uraufführung**  
**„OBERON“**  
 Große phantastische **Wasser-Pantomime**  
 in 5 Akten 223/3  
 nach Wielands Oberon.  
 Vorverkauf an den Circuskassen 10-2 und ab 5 Uhr,  
 außerdem an sämtl. Theaterkassen von A. Wertheim  
 und Invalidendank.  
 Sonntag, 15. September: **2 große Vorstellungen**  
 mit dem **großen Eröffnungsprogramm.**  
 Nachm. 3 1/2 Uhr außerdem Abends 7 1/2 Uhr a. Schluß  
 die lustige Pantomime-  
 Burleske  
 „Der lustige Dorfbarbier.“  
**„Oberon“.**

**Theater am Kottbuser Tor**  
 Leitung: Direktor Ferdinand Wagner  
**Ab heute täglich 7 1/2 Uhr:**  
**Rund ums Jahrhundert**  
 mit  
 Anna Müller-Lincke ♦ Willi Lillie  
 Hugo Roussel  
 Otto Jackel, Kgl. Niederl. Ballettmeister

**Große Berliner Kunstausstellung 1918**  
 in der Akademie der Künste Pariser Platz 4.  
**Eröffnung**  
 Sonnabend, 14. September, 1 Uhr.  
 Eintritt 1 M. — Dauerkarten 2 M.

**Angenehme Nachmittags-Unterhaltungen**  
 wird mit Beginn der zweiten Hälfte dieses Monats das  
 Kaffee Zelt (Gasthaus-Palast, Friedrichstr. 59/60, Ecke  
 Leipziger Straße) bieten. Nach der Pause der heißen Sommer-  
 monate nehmen diese Nachmittags-Unterhaltungen Montags,  
 den 16. um 3 1/2 Uhr ihren Anfang. Den Reigen der Konzerte  
 eröffnet die so beliebte Militärkapelle (Streichorchester)  
 des zweiten Garde-Regiments a. N. unter der Leitung ihres  
 ausgezeichneten Dirigenten, des königl. Musikdirektors Herrn  
 Max Graf. Getränke in bester Zubereitung werden gegen  
 mögliche Bezahlung serviert. — Die Abende bringen im Kaffee  
 Zelt Kabarett-Vorstellungen mit Otto Reutter  
 und den anderen Künstlern hervorragenden ersten Ranges.

**Walhalla-Theater.**  
 7 1/2 Uhr:  
**Donauliebchen.**  
**Berliner Prater-Theater**  
 Restaurantallee 7-9.  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Dorus Rest.**  
 NS 5 Uhr  
 die neuen Spezialitäten.  
**Neu eröffnet!**  
**Geflügelgeschäft**  
 früher Gieseler Str. 35,  
 befindet sich jetzt  
**Neanderstr. 32,**  
 nahe Cöpenicker Straße.  
 19102\* Frau Grulake.

**Lichtspielhaus**  
 Große Frankfurter Straße 28  
 a. d. Andreasstraße  
**Bis Montag:**  
**Das Eulenhäus.**  
 Nach dem Roman von  
**E. Marlitt.**  
**Stätte der Verführung**  
 Drama in 3 Akten.  
 Anfang 8, Sonntags 3 Uhr.  
**Voranzeige:**  
**Der Hüttenbesitzer.**  
 Nach dem Roman von  
 Georg Ohnet.

**Kabarett Tivoli**  
**Bunte Vorträge**  
 Spielfolge vom 1.-15. September:  
 Alois Kraemer, Betty Raphael, J. Dillmann,  
 Karl Braun, Käthe Erben, Otto Mücke,  
 Kraemer-Wolff, Geschw. Trybl, Otto Mücke-  
 Karl Braun.  
**Täglich zwei Kapellen.**  
 Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.  
**Kottbuser Damm 95** Fernspr.:  
 Moritzpl. 14553

**Möbel**  
**Gelegenheitskauf**  
**nur so lange Vorrat reicht**  
 eich. Schlafzimmer, 130 cm Sebrank mit  
 180 cm Waschbeinl. v. 1875 M. an  
**Küchen,** äußerst stabil, mit Friedenslack  
 gestrichen, von 875 M. an  
**Stubeneinrichtungen,** nußbaum oder ge-  
 strich, v. 750 M. an  
 Einzelne Schränke, Vertik., Raubetten zu sehr  
 billigen Preisen. — **Großes Lager** —  
 Lagerung bis Oktober kostenlos  
 Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.  
**Neugebauer**  
 Charlottenburg,  
 Wilmersdorfer Str. 128, 1,  
 Kein Laden.

**Keine Wanze mehr** für **2.-**  
 nur mit Kammerjäger Berg's Nicosol I und II zu erzielen.  
**Jetzt beste Zeit zur Brotvernichtung.**  
 Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwend. Ges. gesch.  
 Doppelpack M. 2.-. Ausreich. für 1-3 Zimmer u. Betten.  
 Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Ein-  
 sendung von M. 2.40, a. Postcheckkonto Berlin 31286,  
 Portofr. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vert. Herrn A. Gressel,  
 Berlin, Königgrätzer Str. 49. Tel. Kurf. 4741. [202/17\*

**Möbel-Beiser**  
 Lothringer Straße 67  
 liefert auf  
**bequemste Teilzahlung**  
 und gegen bar  
**bürgerliche**  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
 zu mäßigen Preisen und in allen Preislagen.  
**Große Auswahl komplett aufgestellter**  
 Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer  
 in jeder gewünschten Holz- und Stilart.  
 Einzelmöbelstücke und farbige Küchen  
**Besichtigung erbeten, da lohnend.**  
**Versuchen Sie Jwezett-**  
**Rasierpulver,**  
 das einen prächtigen, steifen, haltbaren Schaum gibt,  
 Dose 1,50. \* **J. W. Zimmer, Frankfurt a. M.**

Die Bekanntmachung des Eberlemandos in den Parlet  
 betreffend Höchstpreis von feuerfesten Materialien (Sitz- und  
 Chamottesteine sowie Rörten) tritt am 14. September 1918 in  
 Kraft.  
 Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den  
 Verkaufsstellen und in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung\*  
 (329. I. 4. 18. II. Abg.).  
 Berlin, den 14. September 1918.  
 Der Polizeipräsident.

**Möbel-Cohn**  
 im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58  
 im Norden: Badstrasse 47-48  
**Möbel auf Kredit**  
 an jedermann.  
 Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.  
 Spezialität:  
**1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen**  
 einzelne Möbel, farbige Küchen.  
**Grosse Auswahl**  
**komplett aufgestellter Schlaf-,**  
**Wohn- und Speisezimmer.**  
**Riesen-Auswahl — Billigste Preise**  
 Sehr kulante Bedingungen  
 und größte Rücksichtnahme.  
**Lieferung frei Haus.**  
 Liefere auch nach auswärts.  
 Kriegsanleihe und Sparkassenscheine nehme  
 gern als Anzahlung.

- Bezugsquellen-Verzeichnis**  
 Berlin-Ostern
- Eutter, Eier, Käse
  - P. H. Ackermann, 8 Filiale
  - Mehlhändler
  - Königsberger
  - Photograph. Ateliers
  - Wenzelstr. 28 a. Andreasstraße
  - Warenhäuser
  - Hamburger Warenhaus Max Fleischer
  - All-Stralau 11, Fern-Lad. 102 1/2
- Bezugsquellen-Verzeichnis**  
 Berlin-Norden
- Drogen, Farben
  - Denckendorf
  - Fleisch-u. Wurstw.
  - Gutschmanns Centr.
  - Kolonialwaren
  - M. Saegerbarth
  - Möbelmagazine
  - Wiese & Co. Tischlermeister

**Nach Halle a. S.**  
**Läuse-**  
 Kopfkissen (mit Brust) besetzt  
 man am sichersten mit dem schnell-  
 wirkenden Rodikalmittel „Läuse-  
 feind“. Man merke daher Er-  
 mittel und achte auf das Schutzwort  
 „Läusefeind“. Fl. 75 Pf. u. 1,50. Gegen  
 Kleiderläuse Russol-Öl Fl. 1,50  
 Körperläuse Rußolpuder M. 1.-. Wo  
 nicht erhältlich Versand-G. Otto Kelchel  
 Berlin 43 50, Eisenbahn Strasse 4

an die Firma **Ernst**  
**Fanke** wendet sich  
 der klinge und spar-  
 same Radfahrer, dann  
 dort erhält er die be-  
 kannte Patent- „Em-  
 vult“-Bereifung, deren  
 Vorteile sind: Elasti-  
 scher Lauf wie auf  
 Gummi. — Leicht durch-  
 erhalt, gorkschles. —  
 Verdeckte, schmutz-  
 freie Lagerung der  
 Feder. — Von jedem  
 in 10 Minuten aufzu-  
 legen. — Allseitig er-  
 kannt. — Illustrierte  
 Beschreibung a. Preis  
 von der Firma **Ernst**  
**Fanke**, Abt. 2, Halle  
 a. S. 3, Georgstr. 15. \*

**Feind**  
**Pelz-**  
 Kragen, Muffen, Mäntel  
 gegen bar od. erleichterte  
 Zahlungsweise.  
**Pelzhaus Abuco,**  
 Leipziger Str. 58, 1.

**Möbel-Gross**  
 im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141  
 im Norden: Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße  
**Möbel auf Kredit**  
 oder bar,  
**Speise-, Wohn- u. Schlafzimmer**  
**Bunte Küchen.**  
**Einzel-Möbel jeder Art**  
 zu billigen Preisen.  
 Lieferung frei Haus, auch nach auswärts.  
 Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen.

**4 Kaffeebecher** weiss oder bunt ..... 1.95

**1 Besteckkasten** ..... 1.95

**3 Kompottschalen** mit Flaschen ..... 1.95

**1 Tablett** ..... 1.95

**1 Zuckerdose** ..... 1.95

**1 Milchtopf** ..... 1.95

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

**Papierwaren**

1 Kassetten Briefpapier 1.95  
 25 Briefbogen, 25 Umschläge, zus.  
 100 Hanf-Umschläge ..... 1.95  
 1 Briefblock Quartformat ... 1.95  
 100 Kartenbriefe m. od. ohne Feldpost.. 1.95  
 4 Rollen Toiletpapier .... 1.95  
 1 Poesie-Album ..... 1.95  
 100 Mundtücher weiss .... 1.95  
 50 Berliner Ansichtspostkarten schwarz und bunt gemischt... 1.95  
 1 Briefftasche mit Notizblock 1.95  
 200 Blatt Brotpapier weiss 1.95

**Porzellan**

6 Obertassen ..... 1.95  
 3 Abendbrotteller massiv... 1.95  
 2 Tassen mit Untertassen verschiedene Formen..... 1.95  
 3 Kompottschalen verschiedl. Formen... 1.95  
 1 Blumenvase mit Rosenverzierung..... 1.95  
 2 Kaffeebecher mit verschiedl. Bildern und Verzierungen.... 1.95  
 4 Abendbrotteller mit Goldrand 1.95

**Parfümerien**

1 Flasche Franzbranntwein 1.95  
 1 Flasche Birkenwasser ... 1.95  
 1 Flasche Bay-Rum ..... 1.95  
 1 Flasche Mundwasser .... 1.95  
 1 Flasche Kölnisch.Wasser 1.95  
 1 Flasche Haaröl ..... 1.95  
 1 Handspiegel..... 1.95  
 6 Rasierklingen ..... 1.95  
 10 Pakete Blitzblank ..... 1.95  
 12 Stück Tonwaschmittel } zus. 1.95

**4 Milchbecher** Porzellan mit Kinderbildern 1.95

**1 Kuchenblech** ..... 1.95

**1 Kaffeekanne** Porzellan mit zersam. Bildern 1.95  
 1 Zuckerdose mit zersam. Bildern dazu passend.. 1.95  
 4 Kaffeebecher 1.95

**1 Kuchenteller** verschiedene Pressmuster 1.95

**4 Likörfläser** ..... 1.95

**1 Leuchter** Emaille verschiedl. Formen .. 1.95

**1 Bratpfanne** Emaille, mit Stiel 1.95

**1 Putz- u. Wischkasten** 1.95

**1 Käseplatte** hübsches Pressm. 1.95

**6 Kinderteller** ..... 1.95  
 1 Bratenplatte oval..... 1.95  
 4 Obertassen weiss oder bunt 1.95  
 2 Kaffeetassen m. Untertassen und Rand .... 1.95

**Glas**

1 Salatschüssel verschiedl. Formen ..... 1.95  
 1 Kompottschale ..... 1.95  
 1 Glasteller verschiedl. Muster ..... 1.95

**Emaille**

1 Kasserolle konisch. .... 1.95  
 1 Topfdeckel ..... 1.95  
 1 Schöpflöffel ..... 1.95  
 1 Schaumlöffel ..... 1.95  
 1 Nudelpfanne ..... 1.95  
 2 Kummern ..... 1.95  
 1 Butterdose mit Deckel .... 1.95

**4 Abendbrotteller** ..... 1.95  
 2 Speiseteller mit Rand .... 1.95  
 3 Abendbrotteller mit Rand 1.95  
 3 Beilageschalen oval ..... 1.95

**Wirtschaftsartikel**

1 Kohlschaufel ..... 1.95  
 1 Müllschaufel ..... 1.95  
 1 Kleiderbürste ..... 1.95  
 1 Abstäuber ..... 1.95  
 1 Taschenmesser ..... 1.95  
 1 Brotmesser 1.95 1 Scheere 1.95  
 1 Aufschnittgabel ..... 1.95  
 1 Teppichfeger ..... 1.95  
 1 Schock Klammern ..... 1.95  
 1 Gebäckkasten ..... 1.95  
 1 Deckelhalter ..... 1.95  
 1 Backform ..... 1.95  
 1 Springform ..... 1.95

**2 Milchtopfe** Porzellan mit Goldrand .. 1.95

**4 Honiggläser** 1.95

**1 Milchtopf** Porzellan verschiedl. Formen 1.95

**6 Eierbecher** Porzellan } zus. 1.95  
 1 Tablett

**1 Eckbrett** ..... 1.95

**1 Königskuchenform** 1.95

**4 Tassen** mit Untertassen 1.95

Nach langem, schwerem Leiden verschied am Dienstag, 10. September, früh 4 1/2 Uhr, meine innigstgeliebte Frau, unsere herzlichgeliebte Schwester, Schwägerin und Tante, Frau **Anna Krugmann geb. Fuchs**, im 48. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an, mit der Bitte um stille Teilnahme, im Namen der Hinterbliebenen **Paul Krugmann**, Kleine Andreasstr. 10. Die Beerdigung findet am Montag, den 16. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marien-Kirchhofes, Wilhelmberg, aus statt.

**Verein für Feuerbestattung.**  
 Sitz Berlin. Gegr. 1905.  
 Am 2. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Herr **Richard Oertwig** Kopenhagener Str. 74.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 14. d. Mts. nachmittags 11 Uhr, im Krematorium Gerickestr. 37 statt. 208/20  
 Um zahlreichste Beteiligung eruchtet  
**Der Vorstand.**

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Laabs**  
 bef. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Exproblettische Methoden Harn- und Blutuntersuchung. **Königsstr. 34/36.** Sprechst. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-11

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Koeben** für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Saisunkrankh. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufshör. in **Dr. Homeyer & Co.** korn. Labor f. Blutunters., Päden im Harn usw. gegenüb. Friedrichstr. 61. Königsstr. 56/57 gegenüber Rathhaus. Sprechst. 10-11 u. 5-8, Sonnt. 10-11. Honorar mäßig, a. Teilzahl. Separates Damenzimmer.

**Verband der Gast- und Schankwirts Deutschlands.** Bahnhofs Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen **Krugmann, Anna** geb. Fuchs, Kleine Andreasstr. 10, befiel am 10. September verstorben ist.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 16. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marien-Kirchhofes in Wilhelmberg aus statt.  
 Um rege Beteiligung eruchtet  
 78117 Die Ortsverwaltung.

**Akoholfr. Kollekte Franz Abraham**  
 100 Köpenick u. Bismarck-Kell. 43 Berlin, in Fernstr. 137/138

**Neukölln**  
 Anzeigebureaustr. 2. Köpenickstr. 20. ständliche Bilder.

**Passage-Bad** Kottbuser-Damm 79. Reform-Bad, Wiener Str. 6.

**Timmer-Essig** überall erhältlich

**Brauerei Bötzwow** empfiehlt **Qualitätsbiere** ersten Ranges

Beste Kürschnerarbeit Feinste Formen Beste Felle

## Flotte Pelzmäntel!!!

Herbst-Ulster! Pelzgefütterte Mäntel!

Reizende Herbst-Kostüme in la Stoffen!

Aus der Frühjahrs- und Sommerzeit!!

**Westmann,**  
 1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a.  
 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Straße 115.  
 Montag Feiertags wegen bis 1/26 Uhr geschlossen.  
 Sonntags geschlossen.

**Ihre Möbel**  
 kaufen bei **Prenzlauer,** Berlin N, Reinkendorfer Straße 117.  
**Hier**  
 in Auswahl, sind solide, sind reelle Waren  
 Teilzahlung gestattet. Kreditanleihe wird in Zahlung genommen.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Hasché,** Friedrichstr. 90  
 direkt am Stadtbahn-Station, behandelt von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (bes.) chron. Hämorrhoiden, festsitzende Schindeln, ohne Berufshör., Blutuntersuchung, Wäg. Urethrit Teilzahlung, Sprechstunden 11 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1

**Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen**

**Gefegenheitskäufe** von **Wlad. Flatau, Alt-Moab, 110/111**

**Spandau**  
**Paul Gaeger** Mehl und Kolonialw. Breitenstr. 57, Schönwalderstr. 19-14, Pichelsdorferstr. 12.  
**Haus- und Küchengeräte Hermann Finck** Eisenwar., Schönwalderstr. 57. A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck. J. Kersch, Lang. Gie. Parzell, Steing. J. J. Tordow Markt 10, geg. 1880.

**Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden**

**Fleisch- u. Wurstw.** **Paul Müller, Friesenstr. 22.**

**Mehlw., Kolonialw.** **Job. Ploetz, Genssenstr. 97**

**Uhren, Goldwaren** v. **S. Fenske, Kottbuser-Damm 94** Streng reell, anerkannt bill.

**Neukölln**  
**C. Dittmann** Berlinerstr. 43 Wild - Geflügel - Fische.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
 Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

**Handagen, Baumw.**  
 R. Banko, Stralower Str. 54. A. E. Lange, Brunnenstr. 194

**Kücher- u. Konditorien**  
 Otto Wolff, Treptow, Köpenickstr. 14

**Bäcker, Fleis., Käs.**  
**Wilhelm Göbel** 2 eigene Filialen.

**Gebüder Manns** 48 eigene Detailgeschäfte

**Schröter, R.** 43 Dönhofsstr. 43

**August Holtz** 19 Detail-Geschäfte

**Singer Nähmaschinen** Läden in allen Stadtteilen.

**Fleisch- u. Wurstw.**  
 Otto Kogel, Alte Jakobstr. 26. Thier, Hahnen, Wollweber, Carl Jung, Stromstr. 11. Röhmann, P. Müllerstr. 40b, H. Seest

**Vester, E.** Kottbuser-Damm 14/15.

**Mehlhandlungen**  
 Bethke, Georg, Straße 44. Neukölln, Köpenick, Kaiser-Friedr. Str. 44, Wasserstr. 165, Friedländerstr. 23. Treptow, Grüt-Str. 24.

**Gaeger, Otto** Charlottenburg, Wrangelstr. 76. E. W. Sichter, Eke-Cuvyrstr.

**Optiker, Mechaniker**  
 Schaubert, Carl, Köpenick, Bergstr. 140

**Meierei C. Bolle**  
 A.-G. Berlin N. W. 21 Alt Moabit, 94/123 u. 94/124  
 Alttesten und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

**Photogr. Apparat**  
**M. Albrecht** 80, Kottbuser Str. 2 auch Gefegenheitskäufe

**Wais, Libke, Fruchtkäse**

**Hugo Seiling** 60 Filialen in allen Stadtteilen

**Herm. Meyer & Co. Act.-Ges.** 550 Verkanfstell. Gr.-Berl.

**Rote Kreuz-Geld-Lotterie**  
 Ziehung 25., 26., 27., 28. Sept. d. J.  
 15 997 Geldgewinne  
 bar ohne Abzug zahlbar - A

**560 000**  
**100 000**  
**50 000**

**Lose à 4 M.** für Porto u. Liste  
 48 Pfg. extra  
 versendet auch gegen Nachn.  
 die Hauptverlosungstelle für Rote-Kreuz-Lose  
**Alexander Thomas**  
 Altona bei Hamburg.

**Hotel, Prof. H. Die** für alle  
 Prange, Hofhausgasse 5, 00 W.  
 Verbindung Berlin, Eisen-  
 straße 3, Süden.

Der Pelz.

Der Wartesaal in der Bahnhofs-Wirtschaft der kleinen Station war durch wenige Gasflammen beleuchtet. Nur da und dort bohrten sich träg flimmernde Lichtkegel in das dicke Dunkel.

Aus der Tiefe des Raumes sprach plötzlich eine heisere, ausgehöhlte Stimme, und der einzige Reisende, der noch wach geblieben hatte, drehte den Kopf.

Während drängte sich die Frage des Schwindsichtigen nach dem Reize des Anderen durch die lastende Stille. Dieser antwortete und fragte den Kranken das Gleiche.

„Wissen Sie, ich stand in Dresden auf der Straßenbahn, und gleich hinter mir rauchte einer. Und ich hat ihn, daß er auf meinen Pelz achten sollte, der sei sehr wertvoll, nicht wahr!“

„Wissen Sie, wenn ich nicht Freunde hätte, gute Freunde, dann wäre ich wohl zugrunde gegangen.“ Seine Eltern, einfache Leute, hatten alles aufgebraucht, um ihn auf die Realschule zu schicken.

„Wissen Sie, ich glaube nicht, daß ich es den Winter über gemacht hätte ohne meinen Pelz.“ Er strich wieder über ihn hin, blieb die Haare des Pelzes auf, daß man die Wolle sehen konnte, und ließ ihn, wie lieblos, über die Wangen gleiten.

„Wissen Sie, ich habe mir auch schon eine kleine Wäckerlei zusammengestellt.“ Er kratzte in seiner Handtasche, bis ihm ein Haufen Geld in die Hand fiel.

„Ich hätte vielleicht doch... die... Zigarre nicht rauchen sollen. Aber, nicht wahr, die lange Reise — und dann ist ja auch mein Pelz sehr schwer.“

„Wissen Sie, ich habe mir auch schon eine kleine Wäckerlei zusammengestellt.“ Er kratzte in seiner Handtasche, bis ihm ein Haufen Geld in die Hand fiel.

„Ich hätte vielleicht doch... die... Zigarre nicht rauchen sollen. Aber, nicht wahr, die lange Reise — und dann ist ja auch mein Pelz sehr schwer.“

Die Nacht war vorüber. Verchlafene Gesichter tauchten auf, und eine Puffrau wackte geräuschvoll mit Beinen und Wasserfädel.

Der Kranke, der in dem hochgeschlagenen Pelz fast verschwand, sah hilflos umher. Seine Stimme war leer und zitternd, als er jetzt wieder sprach.

„Dito Graf, München.“

Bilder zum Verkauf.

Die Große Berliner Kunstausstellung hat sich abermals mit den wenigen Sälen des Akademieggebäudes am Pariser Platz begnügen müssen. Der Besucher braucht also nicht zu befürchten, übermäßig große Wandlungen vornehmen zu müssen;

Dabei läßt sich nicht einmal sagen, daß es in dieser Ausstellung besonders abstrakte oder abstrakte Bilder gibt. Aber es ist alles miteinander überaus gleichgültig. Man kann es entbehren. Durch keines dieser Bilder wird man erschüttert, zu Boden gedrückt oder gen Himmel geschleudert.

Lesingtheater: Mein Nachbar Ameise.

Georg Hermann, der als Erzähler in „Jettchen Gebert“, in „Kubinke“ und in der „Nacht des Doktor Herzfeldt“ ganz eigene Wege ging, hat seinen wohlverordneten Schreistellerruf durch ein paar farblos schablonenhafte, aber erfolgreiche Dramatisierungen seiner Romane kompromittiert.

effen, das ihm ein Arbeiter bereitet hatte, und ging in die Stadt.

Er liebte es, ziellos herumzuschlendern, sich Menschen und Fabriken anzuschauen und diese zitternde, mit Kohlen- und Fabrikgeruch durchsättigte Luft einzusatmen.

Er liebte dieses „Gelobte Land“, wie ein Raubtier die beutereiche stumme Wüste liebt. Er vergötterte dieses von Gold und Blut fließende „Gelobte Land“, begehrte es, verlangte nach ihm, streckte ihm die gierigen Arme entgegen und schrie mit der Stimme des Sieges — der Stimme des Hungers: „Wein! Wein! Und schon fühlte er manchmal, daß er es in Besitz genommen hat für immer, daß er die Beute nicht preisgibt, bis er ihr alles Gold ausgezogen.“

Zweites Buch.

„Jetzt eins in den Rücken, jetzt eins von der Seite, und jetzt eins auf den Kopf. So, und noch einmal, und noch einmal, mein Verehrtester!“

„Sie schlagen da mit den Karten auf den Tisch wie mit einem Dreschflügel. Herr Pfarrer,“ sagte bitter der alte Vorowicki.

„Das erinnert mich an eine Begebenheit. Es war bei Rigurskis...“

„Ach was, Dreschflügel oder nicht,“ unterbrach der Pfarrer, wohlgefällig mit den Augen zwinkernd, „mit den schönsten Trümpfen schlag' ich, mein Verehrtester. Die Dämchen heb' ich mir noch auf, um mit ihnen deinem König eins zu versetzen, Zajoncowski.“

„Das wird sich ja zeigen! Aber Sie haben eine scheußliche Gewohnheit, einen immer zu unterbrechen, Herr Pfarrer; sobald man den Mund aufmacht, unterbrechen Sie einen, Herr Pfarrer. Also wie gefagt, bei Rigurskis...“

„Ob es nun bei Rigurskis war oder wo anders, ist ja ganz gleich, wir haben es ja schon hundertmal gehört, mein

an das neue Stück sich knüpfen, nicht eben hoch gespannt. Um so unangenehmer fand man sich enttäuscht.

Die Handlung der Komödie zeigt allerdings eine kriegslostmäßige Magerkeit. Aber der verwässerte und glatt gewalzte Dialog der früheren dramatischen Veruche ist hier munterer Beweglichkeit gewichen. Ein Reiz beschauflicher Gemächlichkeit liegt auf dem Ganzen, unwillkürlich hat man die Empfindung, daß er ganz am Werk geschaffen. Die überraschende Feinheit, mit der Kurt G. S. das Bild des noch in alten Tagen auf Heiratsgedanken verfallenden Moskito-Beigneurs herausarbeitete, kam dem aufs glückliche entgegen.

Der greise Lord, der den Gedanken an den Tod wie alles, was ihm im Selbstgenuß des Lebens stören könnte, mit eleganter Handbewegung wegschiebt, möchte vor sich und anderen immer noch den Mann in besten Jahren mimen und die zahllosen Liebschaften seiner Laufbahn am Schluß durch eine richtige Heirat krönen.

Das Mädchen wurde durch Dagny Servaes und Rudolf Klein-Rogge schund und sympathisch dargestellt. Den König Friedrich gab Herr Looß mit gut getroffener Maske, in der nur die freundlich warmen Augen gar nicht freibergianisch waren.

Notizen.

— August Forel für den Weltvölkerverbund. Der Schweizer Forscher, dessen Lebensarbeit hier bei seinem 70. Geburtstag gewürdigt wurde, dankt allen, die seiner gedachten und fähig dann fort: „Das übertriebene Lob, das mir in der Presse zuteil wurde, tut mir leid; besonders in den jetzigen tragischen Zeiten, die jeden persönlichen Wehrauß verbieten sollten.“

— Die Schule für angewandten Rhythmus in Seltzer wurde im Sommerkurs von 118 Schülern, davon 95 Erwachsenen, besucht. Die Besuchszahlen überstiegen alle bisherigen Sommerkurse, auch die der Friedenszeit.

— Als Tabak und Tabakerzeugnisse werden jetzt die verschiedensten Mischungen inländischer Kräuter und Blätter in den Verkehr gebracht. Wenn aber Firmen geschultenes und getrocknetes Buchenlaub als guten Rauchtabak, und zwar zu einem Preise verkaufen, der die Friedenspreise für echten Tabak um ein Mehrfaches übersteigt, so muß man sich doch fragen, wer am meisten zu bedauern ist, die Käufer, die um ihr Geld betrogen werden, oder die Verkäufer, die es nicht fertig bringen, einem solchen unerhörten Schwundel Einhalt zu gebieten.

„Eh, verschonen Sie uns mit Ihren ewigen Bemerkungen. Bei Gott, was zu viel ist, ist ungesund. Sie täten besser, an Ihren Gottesdienst zu denken, Herr Pfarrer, und nicht daran, ob jemand etwas gefagt hat oder nicht.“

„Ja, spiele nicht mehr, ich fahr' nach Haus, ich hab' genug von den hochwürdigen Predigten. Gestern erzähle ich bei Jawadzis von politischen Konjunkturen, und da leugnet es der Herr Pfarrer öffentlich ab und macht sich lustig über mich,“ kurrte der hitzige Gutsbesitzer, das Zimmer mit großen Schritten durchmessend.

„Ja, weil Sie furchtbar dummes Zeug geredet haben, mein Verehrtester.“

„Ja, dummes Zeug,“ erwiderte leise der Pfarrer, aus einer langen Pfeife qualmend, die ihm ein kleiner Junge kniend immer wieder ansteckte.

„Ach, Jesus Christus, erbarme dich unser,“ rief Zajoncowski entsetzt, die Arme ausbreitend.

„Hochwürden sagen an,“ sprach Max Baum und schob ihm die Karten zu.

„Sieben Vier!“ rief der Pfarrer. „Zajoncowski, was hast du?“

„Ich geh' blind mit,“ erwiderte jener und setzte sich rasch an den Tisch.

Der alte Vorowicki begann ein Liedchen vor sich hin zu summen, mit dem Fuß den Takt gegen das Fußbrett seines Krantkeils schlagend. Er war halb gelähmt und wurde im Rollstuhl gefahren.

Eine Weile herrschte Stille im Zimmer. Die vier Lichter, die an den vier Ecken des Spieltisches brannten, erhellten das grüne Schlachtfeld und die Gesichter der Kämpfenden.

Zajoncowski schwieg. Er war ärgerlich auf den Pfarrer, mit dem er sich seit zwanzig Jahren mindestens zweimal wöchentlich stritt.

(Fortf. folgt.)

Lodz.

Das gelobte Land.

89) Roman von B. St. Reymont.

„Der Edelmann!“ brummte Bilzezel wütend, denn Vorowicki hatte beim Abschied die Hände in die Taschen gesteckt und ihm bloß mit dem Kopf sehr gnädig zugewinkt.

Er konnte diese Beleidigung nicht vergessen und grub sie sich in sein rachschichtiges Herz ein. Auch diese eine Demütigung noch wollte er sich merken, die ihn um so mehr schmerzte, weil er sie nicht verdient hatte.

Es war aber keine Zeit zum Ueberlegen, denn der Tag ging zu Ende und der Betrieb an den Lagern steigerte sich ins Wahnsinnige. Jeden Augenblick schleppten Dampfmaschinen ganze Reihen vollbeladener Waggons heran, kreuzten sich, schoben leere Waggons weiter, spien Rauchwolken aus und drangen beim Rangieren zischend, pfeifend und schnaufend durch und Staub, oder sausten, von den Zügen losgekuppelt, mit einem wilden Schrei in die Nemisen.

Und unten rangen sich aus den mit schwarzem Rauch bedeckten Läden tausend ineinander vernobene fiebernde Stimmen los, Pferde wieherten wild, Beifischen knallten, Rutscher schrien, und von der Straße Klang Gepolter und das mächtige Getöse der mit Rauchwolken bedeckten Stadt herüber.

Fieberhaft rannte Bilzezel herum. Er lief in die Kontors, zu den Kohlenlagern, auf den Bahndamm, bis er schließlich todmüde sich neben einem leeren Waggon niederlegte.

Die Nacht brach an. Fehlerscheine lagerten über der Stadt, das Säusen nahm zu, das Getöse wurde deutlicher, das Gepolter wuchs, die Schreie dröhnten mächtiger — bis schließlich alle Klänge in einen gewaltigen Chor zusammenfloßen, den Maschinen und Menschen sangen, und von dem die Luft erzitterte und die Erde erdröhnte.

Lodz hallte von der nächtlichen, fieberhaften Arbeit wider. Erst eine Stimme, die aus der leeren Straße herüberklang, weckte Bilzezel auf.

„Auf dem Markt Oajer“

„Hand sie 'nen Freier“

„ta ra ra bumdara!“

Bilzezel ging ins Kontor, erlebte noch alles, fertigte die letzten Wagen ab, ließ dann zuschließen, verschlang das Abend-



# Die Räumung von St. Mihiel.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 13. September.

Volle vier Jahre hat der spitze deutsche St. Mihiel-Keil, den die Bayern im September 1914 zwischen Toul und Verdun tief in die französische Offensivtruppe trieben, sich gehalten. Die ganzen Jahre haben seine beiden, einen feindlichen Angriff direkt herausfordernden Flanken unter schwerem Druck gelegen. Von Westen über die Combreshöhe, von Süden durch den Priesterwald hat der Franzose immer wieder, besonders 1915, den schmerzhaften Dorn auszudrücken versucht. Wir haben ihn immer wieder daran verhindert, aber voraussehend, daß die bedrohte Keilspitze früher oder später verloren gehen könnte, haben wir sie von Anfang an durch starke rückwärtige Stellungen abgeriegelt. Diese Stellungen kennt seit Jahren jeder, der zwischen Maas und Mosel gekämpft hat.

Der gestern früh hier entfaltete amerikanisch-französische Angriff kam für uns nicht überraschend. Genau so schnell und mit demjenigen verstärkten Einsatz amerikanischer Kräfte, wie das an dieser Stelle noch vorgeföhrt auseinander gesetzt wurde, hat auch die neue Offensive an der neuen Front begonnen. Dabei steht noch nicht fest, ob der St. Mihiel-Vorstoß nur den Teilanfang eines größeren Unternehmens ist, dessen Fortsetzungen demnächst an anderen Fronten aufkommen. Auch darauf ist die deutsche Führung gefaßt.

Das erste Ziel der gestrigen feindlichen Operation mußte zunächst die Ausglättung des St. Mihiel-Bogens sein, der den Franzosen von Anfang an besonders deshalb unangenehm war, weil er mit seiner über die Maas hinausreichenden Spitze eine Lücke in ihre feilige Sperrfortsetzung ist. Für uns bestand die Bedeutung des Bogens nur so lange, als wir hoffen konnten, aus ihm heraus dem Deutschen von Nordwest an Verdun vorbeistehenden Angriff zu Hilfe zu kommen. Da das im Laufe des letzten Jahres niemals Ziel der deutschen Strategie war, konnten sie den Bogen leichter aufgeben. Es ist dabei zu bedenken, daß es sich gestern bei dem Feinde um eine großangelegte Zangenoperation handelte, die von Verdun aus südöstlich von Toul aus nördlich durchstoßend die gesamte deutsche Front im St. Mihiel-Bogen abknüpfen sollte. Das ist nach den heute hier vorliegenden kurzen Meldungen völlig mißglückt. Die am tiefsten im Bogen stehenden Divisionen sind ordnungsmäßig zurückgezogen, gesichert durch die an ihren beiden Flanken operierend aufstehenden Stellungenverbände. Unter diesen haben nun auch die südlich der Combreshöhe kämpfenden Donauverbände ihre erste blutige Probe im Weltkriege bestanden.

Die Angriffe des Feindes in Richtung Thiaucourt werden höchstwahrscheinlich mit Heftigkeit fortbauern. Dreizehn Kilometer nordöstlich Thiaucourt läuft bekanntlich die Lothringer Grenze und am Nordrand der Woivre-Obene, in die hinab der französische Stoß von der Côte Lorraine zielt, rauchen die Hüftenreste von Brien. Nicht unbefremt ist, daß die Amerikaner von dem Einmarsch in Deutschland, die Franzosen von der Rückeroberung ihres wichtigen Erzbeckens träumen. Mit Recht im Rücken wird die deutsche Front diese wie auch die andere Hoffnungen blutig erschlagen.

Dr. Ad. Köster, Kriegsberichterstatter.

Im Abschnitt der Côte-Lorraine verliefen die deutschen Linien in einem ziemlich spitzen Winkel bis auf das Westufer der Maas hinüber. Der militärische Kpr.-Mitarbeiter sagt: Solange wir uns hinsichtlich der Festung Verdun mit Offensivabsichten trugen, kam dieser Bogenstellung bei St. Mihiel eine erhebliche taktische Bedeutung zu. Von dem Augenblick an aber, wo wir den Angriff auf die Maasfestung einstellten, und letztere wiederum mehr und mehr von Norden her ihr Gewicht gegenüber unseren vorgeschobenen Stellungen geltend machte, während vom Süden her der Sammelraum um die Festung Toul bedrohlich auf unsere Stellungen drückte, war unsere Heeresleitung die Unhaltbarkeit dieser Lage ohne weiteres klar. Die Räumung des Stellungsbogens war daher für jeden Augenblick in Aussicht genommen, und längst, seit Jahr und Tag, war auf der Basis des Bogens die neue Aufnahmestellung ausgebaut, in die erforderlichenfalls die vorgeschobenen Divisionen zurückgenommen werden sollten. Dieser Augenblick wurde, wie gesagt, schon längst erwartet, und wahrscheinlich nur, weil der Gegner die weiter nördlich gelegenen Frontabschnitte als seiner Aufmerksamkeit allein würdig betrachtete, unterließ er es, hier von seinen ihm gebotenen vorzüglichen Umfassungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen.

**Fransösischer Bericht vom 12. September abends.** (Verf. Dr. H. v. St. Quentin) haben wir in Verbindung mit englischen Truppen Fortschritte bis zur Straße Colnon-Saon gemacht. Die amerikanische Armee griff heute morgen in der Gegend von St. Mihiel an. Die Unternehmung entwickelt sich unter günstigen Bedingungen.

**Amerikanischer Bericht vom 12. September abends.** Heute morgen machten unsere im Abschnitt von St. Mihiel operierenden Truppen einen erheblichen Fortschritt. Von französischen Einheiten unterstützt, brachen sie den feindlichen Widerstand und gingen an gewissen Punkten bis zu einer Tiefe von fünf englischen Meilen (8 Kilometer) vor. Bis jetzt wurden 8000 Gefangene gezählt. Die Kampfhandlung schreitet günstig vorwärts.

# Die Kämpfe in Rußland.

Sibirsk! zurückerobert. — Der Sieg vor Kasan. — Vorteile der Weißen.

Ein neuer großer Sieg der Sowjettruppen über die Gegenrevolutionäre! Unter dieser Aufschrift meldet das Berliner BZ- Bureau von der Wolgafront: Gestern, am 12. September, 3 Uhr nachmittags, ist Sibirsk! von unseren Truppen zurückerobert worden. Unsere Kavallerie folgte dem in größter Anordnung stehenden Feinde auf den Fersen. Gegen Abend hatten unsere Truppen Sibirsk! schon um etwa 25 Kilometer hinter sich. Bei Verfolgung des fliehenden Feindes schossen unsere Flieger die Weidwölfer Bomben werden nur auf den großen Heeresströmen abgeworfen.

Die Stadt Sibirsk! liegt an dem großen Wolgabogen zwischen Kasan und Samara. Der neue Erfolg wird der Stimmung, die der Sieg von Kasan in den bolschewistischen Reihen geschaffen, weiter nützen. Die Stadt Kasan war von den Weißgardisten stark besetzt. Fast das ganze linke Ufer war mit Drahtbindern ausgebaut. Geschütze waren aufgestellt. Am 9. September konnten diese artilleristischen Stellungen durch einen handreich tapferen Matrosen zerstört werden. In Kasan selbst haben sich blutige Meutereien abgespielt. In einem Bericht der „Pravda“ wird gesagt: Die Weißgardisten haben viele Arbeiter, die sich gegen sie wenige Stunden vor dem Falle der Stadt erhoben hatten, erbarungslos niedergemetzelt. Ihr Tod ist nun gerächt. Es handelte sich um die Arbeiter der Kasaner Pulverfabrik. Weiter sagt die „Pravda“ anfeuernd: Bei Kasan haben Sowjettruppen taufkräftig zu kämpfen und wirklich zu siegen gelernt. Diesen Sieg verdankt das Sowjetrußland nicht genen Feldherrn und nicht überlegener

Technik. Die Hauptstadtproletariat, die Soldaten der Garriabensämpfe und der mühseligen Organisationsarbeit in den Berufs-genossenschaften haben für uns diesen großen Sieg über die Rielinge der internationalen Räuber und Wucherer errungen.

Der Kriegsrevolutionärsrat der Volksarmee bringt zur Kenntnis der Bürger der Stadt und des Gouvernements Kasan, daß bis zur Wiederherstellung der Verwaltung im Gebiet vorläufig ein provisorischer Revolutionsbürgerausschuß die Verwaltungsangelegenheiten besorgen wird. Der Kriegsrevolutionärsrat gibt dem Revolutionsbürgerausschuß eine kurze Frist zur Einberufung eines Arbeiterrates, dem die Vollmachten zu übergeben sind.

Nach den Berichten der Sowjetregierung sind die Russen südlich von Samara im Vorrücken, während sie nördlich in der Richtung auf Perm, Wirs! und Wugulinsk! vor den Tschekoslowaken zurückgehen. Nach weiteren Meldungen sind in Wols!, Gouvernement Saratow, die Weißgardisten den Noten in den Rücken gefallen und marschieren gegen Aikars!.

**Wien, 12. September.** Nach einer Meldung der „Kiewskaja Wsni“ fand in Boronisch eine Explosionskatastrophe statt, bei der 8 Eisenbahnzüge und die dem Bahnhof benachbarten Gebäude zerstört wurden. Der Schaden beträgt 80 Millionen Rubel. 850 Tote werden gezählt. Ueber 1500 Verhaftungen sind vorgenommen.

**Moskau, 9. September.** (BZ) Noworossisk! ist vor einer Woche von der gegenrevolutionären freiwilligen Armee besetzt worden. Die Sowjets sind in Noworossisk! geblieben, um das Leben der 1000 sich in der Stadt befindenden Verbundenen zu retten. Jedoch haben die Alexejewer nach ihrem Eintritt in die Stadt damit begonnen, die Verbundenen niederzumeheln und haben die Genossen aus den Sowjets handrechtlich erschossen.

## Sowjetniederlage in Petersburg?

**London, 13. September.** (Reuter.) Zeitungstelegramme aus Kopenhagen besagen, daß dorthin über Delsingfors ein Gerücht gedrungen sei, wonach Petersburg von den Gegenrevolutionären genommen worden sei.

**Washington, 12. September.** (Reuter.) Die Ankunft amerikanischer Truppen in Archangelsk! wird amtlich mitgeteilt, ihre Zahl wird nicht erwähnt.

**Moskau, 10. September.** (BZ) Der Generalkonsul Grenard und einige französische Offiziere, die an der Verschönerung teilgenommen haben und verhaftet werden sollten, flüchteten in das Gebäude des amerikanischen Konsulats, das jetzt unter norwegischem Schutze steht. Der norwegische Konsul weigerte sich, die Verschönerer zu entfernen und lehnte auch deren Auslieferung ab. Das Gebäude wurde umzingelt, um keinem die Möglichkeit zu geben, flüchtend oder heranzukommen.

## Gorki zu den Bolschewiki übergetreten.

**Stockholm, 13. September.** („BZ“) Nach Petersburger Meldungen soll sich Maxim Gorki nunmehr den Bolschewiki angeschlossen haben. Das Kommissariat für Volksziehung schloß mit ihm einen Vertrag ab, wonach er dessen Literaturabteilung übernimmt. Nach einer Aeußerung Gorkis soll ihn das Attentat auf Lenin zum Anschluß bewegt haben.

## Sozialdemokratische Kandidatur in Berlin I.

Hugo Heimann vom Vorstand vorgeschlagen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Berlin I hat im Einvernehmen mit dem Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin beschlossen, der Mitgliedschaft des Sozialdemokratischen Vereins Berlin I den Genossen Hugo Heimann als Kandidaten für die Reichstagswahlwahl in Berlin vorzuschlagen.

Der Beschluß, eine eigene Kandidatur aufzustellen, wurde maßgebend beeinflusst durch den Umstand, daß auch die Unabhängigen in der Person Richard Müllers einen Kandidaten aufgestellt haben, die Aufrechterhaltung des Burgfriedens also auf keinen Fall möglich gewesen wäre. Die Unabhängigen werden nach allen bisherigen Erfahrungen den Wahlkampf zum Kampf nicht gegen den bürgerlichen Gegner, sondern gegen die sozialdemokratische Partei benutzen. Es war unmöglich, ihnen für diese Arbeit freies Feld zu lassen.

Die Fortschrittler haben bisher bei allen Erwahlten, in denen sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt waren, von der Aufstellung eigener Kandidaten abgesehen. Das wäre ein starker Grund gewesen, in Berlin I Gegenseitigkeit zu üben. Trotzdem gestehen wir offen: nach den Vorgängen bei der Kandidatenaufstellung in Berlin I und den Angriffen des dort aufgestellten Hausbesitzerkandidaten auf die Mieterpolitik des „Vorwärts“, können wir es nur begrüßen, daß für die Sozialdemokratie nunmehr der Zwang geschaffen ist, diesem Kandidaten in grundsätzlichen Kampf entgegenzutreten.

Genosse Hugo Heimann ist gegenüber dem Hausbesitzerkandidaten Kempner schlechthin als Mieterkandidat anzusprechen. Seine langjährige Tätigkeit als Stadtverordneter hat ihm als Vorläufer einer gesunden Wohnungspolitik bei Freund und Feind einen angesehenen Namen verschafft. Heimann ist seit dem Tode Singers Vorsitzender der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, er wurde zu diesem Vertrauensamt stets einstimmig, d. h. auch mit den Stimmen der jetzigen „Unabhängigen“, gewählt. Seit mehreren Jahren ist er auch stellvertretender Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung. Man kennt ihn ferner als den Stifter der mustergültigen öffentlichen Volksbibliothek. In seiner leider nur kurzen Tätigkeit als preußischer Landtagsabgeordneter ist er mit einer ausgezeichneten Staatsrede hervorgetreten.

Der Beschluß, den Genossen Heimann als Kandidaten zu empfehlen, ist in den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und der Bezirksorganisation einstimmig erfolgt.

## Eine Herbsttagung des Dreiklassenparlaments.

Grad, als wäre nichts passiert . . . !

Ueber den Beginn der Herbsttagung des Preussischen Abgeordnetenhauses wird eine Sitzung des Kabinettsausschusses beraten, die für den 20. September angesetzt ist. Der Zeitpunkt des Zusammentritts wird wahrscheinlich davon abhängig gemacht werden, bis wann das Finanzministerium mit den Vorarbeiten für das neue Einkommensteuergesetz zu Ende gekommen ist. Man nimmt an, daß die Sitzungen Mitte Oktober wieder aufgenommen werden, rechnet also nicht mit der Möglichkeit, daß ein Blick dazwischen fahren könnte.

## Die zensierte Kaiserrede.

Wilhelm II. über die Wahlreform.

Es ist in der Presse und besonders in der Arbeiterpresse auf gefallen, daß die Ausführungen, die der Kaiser an die Kruppischen Arbeiter in Essen gerichtet hat, die Wahlrechtsfrage gänzlich unberührt gelassen haben. Wenigstens ist in dem Bericht, den das Wolffsche Telegraphen-Bureau über die Rede an die deutsche Presse hat gelangen lassen, vom Wahlrecht nicht die Rede. Wie wir nur aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Rede doch ein ungewohntes Bekenntnis zur Förderung der preussischen Wahlrechtsfrage in der Richtung der Regierungsvorlage enthalten.

## Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Die Ernährungsfrage.

Die Berichte, die über die Besprechung zwischen der Regierung und Gewerkschaftsführern am Donnerstagabend beim Reichskanzler in die Presse gelangt sind, werden von offiziöser Stelle in manchen Punkten korrigiert. Es wird bestritten, daß Staatssekretär v. Waldow sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß eine Erhöhung der Rationen nicht in Aussicht stellen könne. Sein Bescheid in diesem Punkte sei vielmehr dahin gegangen, daß er vor Oktober nicht in der Lage sei, diese Frage entscheidend zu beantworten. Weil er auf diesem Standpunkt stehe, habe Herr v. Waldow auch die Frage, ob eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund für die Person und die Woche möglich sei, nicht beantwortet können.

Dieser Angaben wird noch hinzugefügt, daß man im Kriegsernährungsamt auf dem Standpunkt stehe, im Winter solle mit den Körnernährmitteln zurückgehalten werden. Das Programm gehe dahin, daß man sich zunächst an die Kartoffeln halten müsse, weil erfahrungsgemäß bisher in den großen Lagern der Städte gegen das Frühjahr gewisse Abgänge durch Verderben zu verzeichnen waren. Würden die dem Verderben nicht ausgesetzten Nährmittel zunächst aufgeschichtet und durch den stärkeren Verbrauch von Kartoffeln diese Lager schneller entlastet, so würden sich dadurch erhebliche Nahrungsmittelwerte erhalten lassen. Nach den vorliegenden Beobachtungen sei eine gute Mittelernte in Kartoffeln zu erwarten, die sich, wenn bald wärmeres und trockenes Wetter eintrete, noch zu einer recht guten Ernte steigern könne.

## Der Vizekanzler in der Presse.

Die Aufgeregten.

Im allgemeinen wird die Stuttgarter Rede Bayerns in der Berliner Presse mit gemessener Wärme aufgenommen, jedoch nirgends ohne Entwendungen. Die alldeutsche Presse steht natürlich konsequent abseits und unterscheidet sich nur in der Tonhöhe des Protestes. Die „Deutsche Tageszeitung“ braucht drei Artikel, um Bayer zu verdauen. Im ersten wird er neben Erzberger auf die Straßbahn gesetzt, im zweiten versucht, allerdings den Umständen entsprechend frampfhaft, Graf Reventlow noch in die Bayerische Dialektik „Sicherungsmöglichkeiten“ hineinzuinterpretieren, im letzten wird des Vizekanzlers Stellung zur Wahlreform gewürdigt. Dem „eingefleischten süddeutschen Demokraten“ wird das Recht abgesprochen, den preussischen Staat an die Herrschaft der Massen auszufolgen.

Zum Schluß wird ihm die Qualifikation zu seinem Amt glatt abgesprochen.

Am schlimmsten bekommt er es in der „Täglichen Rundschau“:

Der Vizekanzler unterscheidet sich in nichts, buchstäblich in nichts mehr von Herrn Scheidemann . . . Die Stuttgarter Rede des Herrn v. Bayer, anoch Vizekanzler des Deutschen Reiches, ist ein nationaler Skandal. Nichts mehr und nichts minder. Er legt uns, noch ehe irgendwelche Aussicht auf irgendwelche Verhandlungen ist, bereits für jede denkbare Verhandlung in allen Stücken auf unseren äußersten Weis fest. Den gestrigerten Höchstforderungen unserer Feinde steht er Mindestforderungen entgegen, die alles unterbieten, was selbst von unserer Seite bis jetzt je angeboten wurde. Wer heute oder künftig auf Grund der von Herrn v. Bayer geschaffenen Bedingungen zu Verhandlungen mit unseren Gegnern ginge, der träte als hilflos Gefesselter vor sie. Herr v. Bayer, dieser Mann mit der unglückseligen Hand, hat uns den Feinden gegenüber in eine Lage gebracht, in der sie nur gewinnen, wir nur verlieren können. Jede gesunde Firma würde einen solchen Sachwalter mit Schimpf entlassen. . .

Herr v. Bayer spricht aus, was selbst Herr v. Kühlmann so unbedingt nicht ausgesprochen hat: Wir räumen Belgien. Er verweist — Schmach und Schande für uns! — bereits die Driamen auf die Berechtigung und Klugheit einer belgischen Regierung. Die Schamröte treibt einem das ins Gesicht. Er verzichtet rund heraus und im Gegensaß zu betontesten Regierungserklärungen entgegengesetzten Sinnes und Inhaltes bedingungslos auf jede Kriegentschädigung. Der Vizekanzler stellt den Feinden den vom Kanzler ausdrücklich verweigerten Freibrief für jede beliebig lange Fortsetzung dieses Krieges aus.

Diese Stuttgarter Rede ist eine diplomatische, politische Katastrophe. Gott schütze uns vor Herrn v. Bayer!

Die „Kreuzzeitung“ glaubt eine Abweichung von der Auffassung des Kanzlers in der Wahlrechtsfrage feststellen zu können.

Die Güte hat redit: der Ton ist es, der die Musik macht, und auf Worte, wie sie Bayer gesprochen hat, haben wir von Hertling vergebens geharrt.

Thronwechsel im Herzogtum Anhalt. Der Tod des Herzogs Eduard von Anhalt macht die Einsetzung eines Regenten notwendig. Der älteste Sohn des Herzogs ist erst 17 Jahre alt. Regent wird der Bruder des Verstorbenen Artbert.

Postreserven. Auf Anordnung des Staatssekretärs des Reichspostamts wurde ein Ausschuh für Verbesserungen im Postbetriebe gebildet. In dem Ausschuh sind außer Mitgliedern des Reichspostamts höhere und mittlere Beamte sowie Unterbeamte aus allen Teilen des Reiches befreten.

## Letzte Nachrichten.

Um Malvns Mandat.

Bern, 13. September. Die „Temps“ berichtet, hat die radikalsozialistische Kammergruppe u. a. die früheren Minister Vincent und Palmier zu Vertretern für den Ausschuh über die Frage der Mandatentziehung Malvns ernannt. Unter den sozialistischen Vertretern befinden sich Albert Thomas, Sembat, Barones und Renaudel, unter den republikanischen Sozialisten Viviani und Painlevé. Die drei genannten Gruppen haben ihre Delegierten beauftragt, sich gegen die Entziehung des Mandats auszusprechen. Von 44 Ausschuhmitgliedern werden demnach 23 gegen die Aberkennung der politischen Rechte Malvns stimmen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Lohnerhöhung bei der Berliner städtischen und Berliner elektrischen Straßenbahn.

In der Lohnstreitfrage der obigen genannten Bahnen ist ein friedlicher Ausgleich herbeigeführt worden. Unter dem 5. September wurde dem Transportarbeiterverband mitgeteilt, daß der Verkehrs-ausschuß der Stadt Berlin und der Aufsichtsrat der elektrischen Straßenbahn in einer Sitzung beschlossen haben, dem Stamm- und Ausfallspersonal eine erhebliche Verbesserung seiner Lohnbesätze zuzulassen, vorausgesetzt, daß der Magistrat dazu seine Zustimmung erteilt. Eine Sitzung der Vertrauensleute der Betriebe erklärte, dem Personal die Annahme der Vorschläge zu empfehlen, doch haben sie um weitere Erhöhung des Grundgehaltes. Der Magistrat hat sich nun in einer am 11. d. M. stattgefundenen Sitzung mit den Vorschlägen der Verkehrsdeputation und des Aufsichtsrates beschäftigt und seine Zustimmung gegeben. Er ging sogar bezüglich des Stammpersonals über diese Vorschläge hinaus und erfüllte dessen Wunsch um Erhöhung des Grundlohnes insofern, als er eine Stammzulage bewilligte. Es wurde dementsprechend nachstehende Besannmachung aufgegeben:

Auf Beschluß des Magistrats werden die Löhne des Betriebspersonals wie folgt erhöht:

1. Stammpersonal. Die Schichtzulage wird erhöht von 1,75 M. auf 2,50 M. Das Stammpersonal erhält bei unveränderten Grundlöhnen eine monatliche Stammzulage von 10,— M.

2. Ausfallspersonal. Die Schichtzulage wird von 0,80 M. auf 2,50 M. erhöht unter Fortfall der Sonderbezahlung der Pflichtenstunden.

3. Die Arbeitszeit bleibt bei den Schaffnern und Schaffnerinnen durchschnittlich 10 Stunden, bei den Fahrern und Fahrerinne durchschnittlich 9 Stunden. Im einzelnen Tagesdienst werden die über 10 Stunden bzw. 9 Stunden betragenden Arbeitsstunden als Ueberstunden mit 1,— M. vergütet, wobei Mehrleistungen bis 15 Minuten nicht bezahlt werden.

4. Die Fahrzulage wird gleichmäßig auf 1,— M. festgesetzt.

Vorstehende Lohnregelung gilt ab 1. September d. J. Danach tritt folgende Erhöhung der Bezüge im Monat ein:

1. Für das Stammpersonal um 31,— M.

2. Für die Schaffnerinnen um 31,— M.

3. Für die Fahrerinne um 25,20 M.

Die Anrechnung der Kriegs- und Schichtzulage bei Bemessung des Ruhegehalts und in Krankheitsfällen scheint noch nicht erledigt zu sein, wenigstens ist seitens des Magistrats bisher nichts bekannt geworden.

Das Personal beider Bahnen beschäftigte sich in Versammlungen mit diesen Vorschlägen und nahm dieselben in nachstehender Entscheidung einstimmig an:

Die am 12. September 1918 tagenden Versammlungen des Personals der Berliner elektrischen Straßenbahn haben Kenntnis von dem Bericht über das Ergebnis der Lohnbewegung genommen. Die Anwesenden erkennen die Bemühungen des Aufsichtsrates um die wirtschaftliche Besserstellung des Personals an und sind mit dem Ergebnis einverstanden in der Erwartung, daß Auslegungen über nicht ganz klar gemachte Vorschläge nicht zu Ungunsten des Personals vorgenommen werden.

Die Versammelten sprechen der Verhandlung, den Vertrauensleuten und der Kriegskasse in den Marken für ihre Bemühungen des friedlichen Ausgleichs in dieser Lohnstreitfrage ihre Anerkennung aus. Des weiteren verpflichten sich die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß die Verbandszugehörigkeit die weiteste Verbreitung im Personal findet, um auf solcher Grundlage event. Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten auf dem allseitig gewünschten Verhandlungswege erledigen zu können.

Die Verbandsleitung wird beauftragt, diese Entschlieung dem Aufsichtsrat der Berliner elektrischen Straßenbahn, dem Verkehrsausschuß und der Kriegskasse in den Marken zu übermitteln.

Somit hat eine Bewegung ihren Abschluß gefunden, die eine befriedigende Stimmung im Personal hinterlassen hat.

Die Lebensmittelverteilung und die Angestellten.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Reichsfinanzminister eine Eingabe gerichtet, in der er sich darüber beklagt, daß die kaufmännischen Angestellten bei der Lebensmittelverteilung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen benachteiligt werden. Er hebt darin hervor, daß die Bevölkerung bei der Lebensmittelverteilung nach folgenden vier Gruppen unterschieden werde: 1. die Selbstversorger, 2. die Bevölkerung, welche eine Brotzulage empfangt und durch die Behörden unter Vermittlung der Arbeitsbetriebe besondere Lebensmittelzuteilungen erhält, 3. diejenige Bevölkerung, welche eine Brotzulage bekommt, 4. die Bevölkerungsgruppen, denen die unter 2 und 3 genannten Zuteilungen nicht zuteil werden. Die kaufmännischen Angestellten sind von den Behörden in die Gruppe 4 eingereiht worden. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen wünscht, es müge eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel dergestalt eintreten, daß die Angestellten unter Berücksichtigung ihrer ungünstigen Einkommensverhältnisse sowohl die Brotzulage als auch die besonderen Lebensmittelzuteilungen durch die Betriebe erhalten, denn sie seien viel weniger als andere Bevölkerungsgruppen in der Lage, sich nichtrationierte Lebensmittel zu beschaffen.

Teuerungszulage der Schriftgießer.

Im Mai d. J. hatten die Berliner Schriftgießer durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern erreicht, daß ihre wöchentliche Teuerungszulage auf 21 M. erhöht wurde. Da inzwischen die Kosten der Lebenshaltung weiter gestiegen sind, auch die Buchdrucker durch die letzte Erhöhung ihrer Teuerungszulagen etwas besser gestellt sind als die Schriftgießer, so beschäftigte sich am Donnerstag eine ungewöhnlich starkbesuchte Mitgliederversammlung der Schriftgießer mit der Frage einer weiteren Erhöhung der Teuerungszulage. Es wird erwartet, daß die Arbeitgeber die für eine Lohnaufbesserung sprechenden Gründe anerkennen werden, wie sie es ja auch bei den letzten Verhandlungen getan haben. Weiter wurde ausgeführt, daß die geschäftliche Lage wohl so günstig sei, daß die Forderung der Schriftgießer bewilligt werden könnte. Bei den letzten Verhandlungen haben die Arbeitgeber weitere Erhöhungen der Teuerungszulage davon abhängig gemacht, daß auch in den anderen für die Schriftgießerei in Frage kommenden Städten die Löhne so weit aufbessert werden, daß die Berliner Arbeitgeber konkurrenzfähig bleiben. Infolge dessen hat die Zentralkommission der Schriftgießer Schritte getan, um ihre Kollegen in den Städten, die im Lohn hinter Berlin wesentlich zurückbleiben, zum Vorgehen zu bewegen. Die Zentralkommission erwartet, daß ihre Bemühungen Erfolg haben werden.

Die Verammlung beschloß einstimmig, eine Erhöhung der Teuerungszulage für Schriftgießer auf 35 M., für Hilfsarbeiterinnen auf 5 M. wöchentlich zu fordern. Die gleiche Forderung wird auch für die Messinglinienarbeiter und Arbeiterinnen gestellt. Eine Kommission wurde gewählt, um mit den Arbeitgebern zu verhandeln.

Die Hamburger Gewerkschaften für eine Erhöhung der Kriegskunterstützungen.

Eine am Dienstag, den 10. September, in Hamburg abgehaltene Sitzung des Gewerkschaftsrates nahm folgende Entscheidung an:

Die Verammlung hält eine Erhöhung der Familienunterstützung, der Militär- und Hinterbliebenenrenten sowie der Teue-

rungszulagen für die Witwen und Waisen für dringend notwendig. Weiter wird eine anderweitige Anrechnung des Arbeitsverdienstes der Frauen der Kriegsteilnehmer beantragt. Unter Berücksichtigung der fortwährenden Steigerung der Lebensmittel, Bekleidung, Wäsche, Schuhwerk, Heizung, der Wohnungsmieten usw. wird für Hamburg gefordert:

1. Erhöhung der Unterstützung für die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer um 25 M., der übrigen Unterstützungsberechtigten um 15 M. monatlich.

2. Erhöhung der Teuerungszulagen für die Witwen um mindestens 25 M., der Waisen um 15 M.

3. Anrechnung des Arbeitsverdienstes der alleinstehenden Frauen mit dem 80 M. übersteigenden Betrage bis zur Hälfte, bei Frauen mit 1 bis 2 Kindern mit dem 100 M. und bei Frauen mit mehr als 2 Kindern mit dem 120 M. übersteigenden Betrage bis zur Hälfte.

Die Arbeitsgemeinschaft der drei Metallarbeiterorganisationen

für Rheinland und Westfalen hat auf Grund der vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten beschlossen, dem Kriegsernährungsamt, den Regierungspräsidenten und dem Stellv. Generalkommando des VII. Armeekorps nachstehende Wünsche zu unterbreiten:

Die Grundration für Brot ist auf 4 Pfund und für Kartoffeln auf 10 Pfund wöchentlich zu erhöhen. Infolge der herrschenden Preis- und Zeitnotlage ist als Ersatz wöchentlich ein Pfund Teigwaren oder Nährmittel zu verabfolgen.

Die den Rüstungsarbeitern bisher gewährten Sonderzulagen sind beizubehalten. Außerdem soll den Schwerarbeitern eine Kartoffelzulage von 3 Pfund wöchentlich zugesandt werden.

Angeichts der bereits zutage getretenen Erscheinungen und der weiteren unausbleiblichen Folgen wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, diese Neuregelung recht bald eintreten zu lassen.

Wegen angeblich verheimlichter Krankheit entlassen.

Wegen der Baufirma Brandt wurden in der letzten Sitzung der Kammer 3 des Berliner Gewerkschafts wieder mehrere Klagen von Arbeitern verhandelt, die auf einer Baustelle im elbischen Kriegsgebiet beschäftigt waren und die schon öfter erörterten Schattenseiten der dortigen Arbeitsverhältnisse kennen gelernt hatten.

Bei zwei Klägern war eine durch ärztliche Untersuchung festgestellte Krankheit, von deren Vorhandensein sie aber gar nichts wußten, die Ursache des Streites. Der erste Kläger ist, nachdem er acht Tage gearbeitet hatte, durch den Militärarzt untersucht und dann auf Anordnung der Militärverwaltung entlassen worden, weil der Arzt ein altes Herzleiden festgestellt hatte. Der Kläger forderte Zahlung der Reisekosten von 120 M., die ihm die Firma abgezogen unter Berufung auf den Arbeitsvertrag, wonach bei Entlassung auf militärische Anordnung der Arbeiter die Reisekosten zu tragen hat. Als erschwerenden Umstand gegen den Kläger machte die Firma geltend, jeder Arbeiter werde bei der Annahme in Berlin darauf aufmerksam gemacht, daß er auf der Arbeitsstelle untersucht werde, wenn er nicht völlig gesund sei, solle er es gleich sagen, dann dürfe er nicht eingestellt werden. Der Kläger versicherte, er sei noch nie krank gewesen, noch nie ärztlich behandelt worden, er wisse nicht, daß er ein Herzleiden habe, glaube es auch nicht, denn er fühle sich vollkommen gesund und sei ja auch arbeitsfähig. Wenn ihn der Arzt für herzkrank hielt, so könne er sich das nur so erklären, daß er unmittelbar vor der ärztlichen Untersuchung einen mehrstündigen Marsch im Gebirge habe machen müssen und infolgedessen die Fertigkeit wohl lebhafter als sonst gewesen sein möge. — Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung des geforderten Betrages, weil bei dem Kläger, der niemals krank war, sich völlig gesund fühle und seine Arbeit verrichtet habe, vom Verschweigen einer Krankheit keine Rede sein könne, den Kläger also kein Verschulden an seiner Entlassung treffe.

Ebenso lag der Fall des zweiten Klägers, bei dem der Arzt auf der Arbeitsstelle ein altes Herzleiden festgestellt hatte. Auch dieser Kläger versicherte, daß er noch nie wegen Herdenleides ärztlich behandelt sei. Bei gewissen Anlässen werde er wohl etwas aufgeregt und von leichtem Jitters befallen. Das sei ihm auch bei der ärztlichen Untersuchung passiert. Aber für leidend halte er sich nicht, denn er sei ja vollkommen arbeitsfähig. Er habe also hinsichtlich seines Gesundheitszustandes nichts zu verschweigen gehabt. — Da auch in diesem Falle nach Ansicht des Gerichts das Recht auf Seiten des Klägers war, so zahlte die Firma im Vergleichsweg die Reisekosten von 60 M.

Parteinachrichten.

Wie kommen wir zum Frieden?

Mit dieser Frage beschäftigten sich zwei außerordentlich stark besetzte Volksversammlungen in Aachen. Nach Referaten der Genossen Gönzath-Aachen und Bezirkssekretär Jörgel aus Köln fand eine einstimmige Annahme, in welcher das Bestreben einer kleinen, aber einflussreichen Gruppe, den Krieg wegen eines freien Landes oder einer Geldentschädigung ins ungemessene fortziehen zu wollen, scharf verurteilt und von der Ablegung einer unzweideutigen Erklärung für einen Verständigungsfrieden und die schleunigste Durchführung des allgemeinen, gleichen und geordneten Wahlrechts in Bremen ohne jede Einschränkung gefordert wird. Ein Völkerverbund könne seine Aufgabe nur dann erfüllen, wenn alle Völker die größtmöglichen staatsbürgerlichen Freiheiten genießen.

Auf einer Parteikonferenz für die Genossen des Eisenacher Oberlandes in Stadlensfeld behandelte Genosse Leber in einem Vortrag die Erfolge der sozialdemokratischen Partei im letzten Jahre. Er konnte berichten, daß nach dem Austritt des „unabhängigen“ Kreisvorstandes aus der Partei, als die Genossen des Eisenacher Oberlandes in der Konferenz am 15. Juli 1917 erklärten, auch fernerhin der Sozialdemokratischen Partei die Treue bewahren zu wollen, die Zahl der „Volksmeinungs“-Leser um 120 Prozent zugenommen hat; außerdem sind die alten Organisationen wieder flott gemacht und neue hinzu gegründet worden. In der lebhaften Aussprache betonten die Genossen, auch in der Folgezeit in derselben Weise für die Partei tätig sein zu wollen. — Eine längere Zeit nahm die Aussprache über die Verteilung von Lebensmitteln in Anspruch, über welche auch Genosse Leber das einleitende Referat hielt. Er berichtete über Verhandlungen mit der Bezirksdirektion in Dornbach und verlangte für die ländlichen Industriegemeinden einen anderen Verteilungsschlüssel, wie für die reinen Landgemeinden. Am Schluß der Konferenz wurde eine Entschlieung angenommen, in welcher es u. a. heißt:

Die Konferenz erklärt, daß auch im laufenden Jahr die Genossen mit derselben Energie weiter arbeiten und alles tun wollen, damit die geschlossene Front der Arbeiterklasse, die ihre politische Organisation in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erblickt, erhalten bleibt. In der Lebensmittelfrage hält die Konferenz an der jetzigen Organisation fest und verwirft den auch in hiesiger Gegend geforderten „freien Handel“. Aber sie fordert ganz energisch von den maßgebenden Stellen (Gewerkschaften und Bezirksdirektion), daß die Lebensmittel, namentlich für die Verbraucher, voll und ganz zur rechten Zeit geliefert werden. Nur durch Verteilung der Großhandelsware in der Höhe erblidet die Konferenz eine bessere Verteilung von Lebensmitteln für die arbeitende Klasse.

Eine Sammlung für den Agitationsfonds ergab den Betrag von 71 M.

# Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Gebr. Hehl u. Co., A.-G. (Chem. Fabrik) in Charlottenburg hatte sich lediglich mit der Neuwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes zu beschäftigen. Wie die Verwaltung mitteilt, sind die bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates, Direktor der Deutschen Bank Dr. Alfred Wolff (bisher Vorsitzender), Bankdirektor Carl Kallander (Rationalbank) und Professor Dr. Nicodem Caro, ausgeschieden. Neugewählt wurde Geheimrat Regierungsrat Hermann Hehl, und zwar als Vorsitzender. Die das „Berl. Tageblatt“ schreibt, ist das Ausscheiden der drei Aufsichtsratsmitglieder darauf zurückzuführen, daß die Verbindung zwischen einem unter der Führung der Deutschen Bank stehenden Bankensortium und den Hauptaktionären der Gebr. Hehl-Gesellschaft gelöst wurde, nachdem ein finanzieller Ausgleich zwischen diesem Konsortium und den erwähnten Aktionären erfolgt ist.

## Verbandsfragen in der Eisenindustrie.

Der bestehende Stahlwerksverband läuft in kurzer Zeit ab. Nun wären zwar die Werke geneigt, ihn provisorisch bis Kriegsende zu verlängern, ebenso wie Einzelkonsortien für die vom Stahlwerksverband nicht erfaßten sogenannten B-Produkte (Nähren, Bleche, Stabstählen, Draht usw.) kurz befristet sind. Die Regierung will dagegen eine allgemeine Einbürgerung der ganzen Eisen- und Stahlindustrie, weil ein umfassender Verband Verhandlungen erleichtert, durch die Ausschaltung des Wettbewerbs die Kosten von Konkurrenzklämpfen erspart und vielleicht auch eine Handhabe für steuerliche Maßnahmen bietet. Die Industriellen wollen just des Gegenteils und wünschen, alles zu vermeiden, was dem Staat einen größeren Einfluß auf die Industrie geben und, auch abgesehen von der Möglichkeit staatlicher Eingriffe, die Bewegungsfreiheit an sich einschränkt.

Infolge des Wunsches der Regierung sind Verhandlungen eingeleitet worden, über deren bisheriges Ergebnis die „Voss. Zig.“ berichtet:

Die zurzeit hierüber schwobenden Verhandlungen bewegen sich auf der Grundlage der Kohlen-Syndizierung. Man will für jedes Werk eine Beteiligung in Höhe seiner Kohlen-erzeugung feststellen und diese Kohlenbeteiligung auf die einzelnen Erzeugnisse, wie Holzzeug, Stabstählen, Draht, Bleche usw. unterteilen. Bei dieser Unterteilung der Kohlenbeteiligung auf die verschiedenen Gruppen sollten dann die besonderen Wünsche der einzelnen Werke nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Für die einzelnen Gruppen der Erzeugung sollten nach erfolgter Verständigung über die Kohlenbeteiligung und deren Unterteilung Einzelverkaufsverbände gebildet werden, die auf Grund eines Mantelbetrages wieder in einem allgemeinen Kohlenwerksverband unter dem Namen Deutscher Stahlbund zusammengefaßt werden sollen. Der Deutsche Stahlbund selbst soll kein Verkaufssyndikat sein, sondern die allgemeine wirtschaftliche Vertretung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie darstellen, der Verkauf und die Preisfestsetzung sollen bei den Einzelverbänden bleiben. Ueber die bei einer solchen Lösung des Syndizierungproblems sich ergebende Frage, ob dann der Stahlwerksverband in seiner bisherigen Form bestehen bleiben oder auch in Einzelverbände für Holzzeug, Eisenbahnmateriale und Formeisen zerfallen soll, ist man sich bisher noch nicht schlüssig geworden. Man neigt jedoch in den beteiligten Kreisen dazu, den Stahlwerksverband in seiner jetzigen Form bestehen zu lassen, aber bei der Festsetzung der Beteiligungsziffer auch hier von der Gesamt-Kohlenabfertigung auszugehen.

Wie bei den meisten Verbandsverhandlungen, so ist auch diesmal das größte Hindernis der Kampf um die Beteiligung. Der ursprüngliche Vorschlag geht dahin, daß die Werke eine Jahresbeteiligung erhalten, die ihre Kohlen-erzeugung in zwölf aufeinanderfolgenden Monaten in der Zeit von Januar 1912 bis Juni 1917 entspricht. Gegen eine Festlegung der Beteiligung auf Grund der Friedenserzeugung wehren sich aber alle jene Werke, die ihre Anlagen im Kriege beträchtlich erweitert haben, besonders die Firma Arupp, obwohl bekanntlich die Lieferungspreise so festgesetzt wurden, daß alle Kriegsbauten abgeschrieben werden konnten. Auch ein Vermittlungsvorschlag, in die Friedensproduktion auch die angenommene Erzeugung der vor dem 4. August 1914 geplanten Erweiterungen aufzunehmen, ist abgelehnt worden. So sind für den Augenblick die Aussichten auf eine Syndizierung des Kohlenabbaus nicht besonders gut.

## So wird verdient!

Die Erdenberger Zuderfabrik hat bei einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark den Reingewinn von 134 911 Mark im Vorjahr auf 230 876 M. gesteigert und die Dividende von 6 Proz. auf 10 Proz. erhöht. Diese Zahlen geben aber noch kein ganz zutreffendes Bild von dem Stande der Gesellschaft. Die Bilanz ist aufschlußreicher. In ihr ergeben:

Effekten	678 102	671 002	79 804
Materialienbestände	164 609	75 200	65 431
Zuderbestände	42 474	27 750	60 199
Vankguthaben	5 983 862	678 452	988 974
Debitoren	—	39 647	113 701
Kreditoren	—	168 881	83 789

## Dreihundert Prozent am Staat verdient!

Die Kriegsgewinne der Zeppeleinwerke in Reutin bei Amdam kamen in einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Kempen zur Sprache. Drei Arbeiter der genannten Werke, die in der Abteilung „Schmiedewerk“ beschäftigt waren, waren von einer Konkurrenzfirma in Konstanz zu annähernd dem doppelten Lohne angeworben worden und hatten, da die Zeppeleinwerke den Ablebschein verweigerten, den Schlichtungsausschuß angerufen.

In der Verhandlung warnte die besagte Firma ein, daß sie an den in Frage kommenden Arbeiten nichts verdient, so daß sie höhere Löhne nicht bezahlen könne. Demgegenüber wies der als Frage vernommene Reichstagsabgeordnete für Konstanz, Diez, nach, daß ein Paar Schwimmer in der Herstellung auf rund 15 000 Mark zu stehen kämen, während die Marinerverwaltung dafür 60 000 Mark bezahle. Auf diese Aussage hin wußte der Vertreter der Zeppeleinwerke nichts weiter zu erwidern, als daß er die gleichen Löhne zahlen wolle wie die Konkurrenzfirma. In der gleichen Verhandlung wurde auch festgestellt, daß sich die Zeppeleinwerke Reutin mit großen Landankaufen in der Umgebung von Amdam befaßen, die lediglich zu dem Zweck erfolgten, die Gewinne der Gesellschaft nicht so augenfällig in Erscheinung treten zu lassen!

Errichtung einer Stapelfaserfabrik in Löwenberg in Schlesien.

In Löwenberg will nach der „Voss. Zig.“ die Glasfabrik A.-G. in Petersdorf im Riesengebirge eine Stapelfaserfabrik errichten, die bis zu 800 Arbeiter beschäftigen soll.

Beschlagnahme deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten.

Der Rufus für das feindliche Eigentum hat die Dads und die Kohlenstation der Hamburg-Amerika-Linie auf den Jungferninseln beschlagnahmt.

Verantwortlich für Politik: Erich Sautter, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Anzeigen: Theodor Gode, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagshaus Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Pfennig und Unterhaltungsblatt.